

Verliebt in Dortmund

Das Dortmund Programm 2025 – 2030 der CDU

Inhaltsverzeichnis

Verliebt in Dortmund

Wir als CDU-Kandidatinnen und Kandidaten für den Rat, die Bezirksvertretungen und das Amt des Oberbürgermeisters freuen uns darauf, in den Jahren 2025 - 2030 in dieser Stadt und für diese Stadt und für Sie, die Menschen in dieser Stadt, Politik zu gestalten und unsere Heimat zukunftsfähig zu entwickeln.

Dazu stellen wir Ihnen nachfolgend unsere Köpfe und unsere Themen in unserem Kommunalwahlprogramm vor.

Den Menschen zugewandt und im Austausch mit der Stadtgesellschaft möchten wir in den kommenden Jahren eine Politik umsetzen, die für die Breite der Gesellschaft merklich Verbesserungen bringt. Dabei haben wir als Volkspartei unterschiedliche Bevölkerungsgruppen gleichermaßen im Blick und stellen die Mehrheit und die Mitte der Gesellschaft in das Zentrum unseres Handelns.

Unser Wertekompass zeigt die Richtung auf: Statt Spaltung der Gesellschaft zu fördern, bringen wir Interessen zum Ausgleich. Gemäß unserer christlichen Haltung gilt: Jeder Mensch ist wichtig.

Für uns sind die großen Überschriften von Ökonomie, Ökologie und Sozialem keine Widersprüche und Gegensätze, sondern drei zentrale Säulen politischen Handelns, die es miteinander in Einklang zu bringen gilt.

Politik kann, darf und soll nicht alles regeln. Sie soll einen Rahmen schaffen, in dem die Bürgerinnen und Bürger der Stadt in Freiheit, Sicherheit und mit intakten Infrastrukturen ihr Leben nach ihrer Vorstellung gut leben können. Dieser Gedanke kennzeichnet unser politisches Tun. Die Politik würde sich und die Stadtverwaltung auch überfordern, wenn sie allumfassend agieren wollte. Dies ist uns bewusst und deshalb sind wir in der Lage, uns auf die zentralen Themen und Probleme zu fokussieren und hierfür Lösungen anzubieten, die dann mit Priorität abgearbeitet werden.

Wir setzen uns mit großer Leidenschaft für die Entwicklung und Gestaltung unserer Heimatstadt ein und wollen das Beste für die Zukunft der Stadt. In der wir gut, in Sicherheit und mit intakten kommunalen Infrastrukturen leben können. Versäumnisse der Vergangenheit gilt es konsequent und strukturiert abzuarbeiten.

Wir sind – wahrscheinlich genauso wie Sie – verliebt in Dortmund. Aus dieser Liebe heraus ist dieses Wahlprogramm mit unseren Zielen für die Stadt entstanden und wir hoffen, Sie damit überzeugen zu können, uns das Vertrauen und Ihre Stimme zu schenken.

Zur Struktur des Wahlprogramms: Die wichtigen kommunalpolitischen Themen benennen wir, stellen unsere grundsätzliche Haltung dar und zeigen dann für einzelne Aspekte der Themen konkrete Projekte und Maßnahmen auf, die wir umsetzen wollen.

Nun aber gilt: Viel Spaß und gute Einblicke in unsere Ideen für die Entwicklung unserer Stadt in den Jahren 2025 – 2030!

Unser Oberbürgermeisterkandidat Alexander Kalouti

Bild(er) Alexander Kalouti

Liebe Dortmunderinnen und Dortmunder,

Dortmund ist eine Stadt, die auf eine reiche Geschichte und starke Traditionen blickt und die vor allem den Mut hat, nach vorne zu schauen. Dortmund lebt von ihrer Vielfalt, ihrer Energie und dem Gemeinschaftsgeist ihrer Bürgerinnen und Bürger. Es ist eine Stadt, die in ihren Menschen ihre größten Potenziale trägt – Potenziale, die in den vergangenen Jahren zu oft gebremst und nicht freigesetzt wurden. Das möchte ich ändern.

Wir stehen vor der Herausforderung, Dortmund zu einer Stadt zu machen, die wieder zu ihrer wahren Stärke findet. Eine Stadt, die ihre Attraktivität spürbar im Alltag zeigt – mit einer sauberen, lebenswerten Innenstadt, sicheren Quartieren und Perspektiven für alle. Sicherheit und Sauberkeit sind dabei keine Luxusgüter, sondern die Basis für ein gutes Leben. Dabei gilt: Nicht nur in der Innenstadt, sondern in allen Stadtteilen und Bezirken müssen sich die Menschen sicher fühlen können. Kein Ort in Dortmund darf sich abgehängt oder vergessen fühlen.

Es ist notwendig, Politik wieder aus der Sicht der Menschen zu machen, die das Fundament unserer Gesellschaft bilden. Der Menschen, die arbeiten, die sich trotz fehlender Kitaplätze um ihre Kinder kümmern, die sich in Vereinen für die Gemeinschaft engagieren und die eine funktionierende Infrastruktur benötigen. Diese Mehrheitsgesellschaft trägt unsere Stadt Tag für Tag und doch werden ihre Bedürfnisse oft übersehen. Das müssen wir ändern, indem wir ihre Anliegen wieder in den Mittelpunkt stellen. Ich bin überzeugt, dass wir in Dortmund alles haben, was wir brauchen, um dieses Ziel zu erreichen – wir müssen nur die richtigen Rahmenbedingungen schaffen.

Das bedeutet: Wir brauchen mehr Raum für innovative Ideen, für wirtschaftliches Wachstum und sozialen Zusammenhalt. Wir brauchen eine Innenstadt, die wieder einladend ist, mit lebendigen Plätzen, attraktiven Geschäften und sicheren Straßen.

Gemeinsam können wir Dortmund zu einer Stadt machen, die nicht nur Herausforderungen meistert, sondern in der jede und jeder das Beste aus sich herausholen kann – unabhängig von Herkunft, Lebensweg oder Alter.

Lassen Sie uns dafür kämpfen, dass Dortmund sicherer, sauberer und lebenswerter wird – in allen Stadtteilen und Bezirken. Dortmund hat das Potenzial, zu einer der besten Städte Europas zu werden.

Mit Zuversicht, Tatkraft und dem Glauben an das, was wir gemeinsam erreichen können,
Ihr Alexander Kalouti

Ein starkes Team für Dortmund: Unsere Kandidatinnen und Kandidaten für den Rat

Bilder der Ratskandidaten mit Namen und Wahlkreisen

Vor der letzten Wahl versprochen. Konsequenz daran gearbeitet. Wort gehalten.

Vertrauen, Verlässlichkeit und Glaubwürdigkeit sind entscheidende politische Werte. Vor der Wahl sagen, was man will und dies dann nach der Wahl umsetzen, ist der Anspruch der CDU. „Dortmund. Zukunft. Gestalten.“ war zur letzten Kommunalwahl im Jahr 2020 unser Angebot an die Dortmunder Bürgerschaft für unsere Arbeit im Rat. Heute dürfen wir mit Fug und Recht festhalten: Wir haben Wort gehalten! Wir haben viele Zukunftsthemen unserer Stadt bewegt. Wir haben Tag für Tag dafür gearbeitet, die Zukunft Dortmunds zu gestalten. Zum Wohle der Stadt und ihrer Menschen. Wir waren Antreiber, Initiator und Taktgeber. Wir haben Führung und Verantwortung übernommen, wir haben die Dinge ins Rollen gebracht, Themen umgesetzt und Prozesse erfolgreich moderiert. Folgende Punkte unserer Erfolgsbilanz sind besonders hervorzuheben¹:

Stärkung der Rolle des Rates

- Der Gemeindeordnung entsprechend sind Führung und Verantwortung wieder beim Rat. Es gilt – auch im Verhältnis zum Oberbürgermeister und den städtischen Beteiligungsgesellschaften – das „Primat der Politik“.
- Grundsatzentscheidungen trifft der Rat und nicht der Oberbürgermeister, die Verwaltung oder die Geschäftsführungen der städtischen Gesellschaften.
- Bei der Grundsteuer entgegen der Absicht des Oberbürgermeisters eine differenzierte Besteuerung von Wohn- und Geschäftsgrundstücken beschlossen, damit Wohnraum nicht zu teuer wird.

Spielräume für Zukunftsgestaltung geschützt

- Haushaltsüberschüsse von mehr als 500 Mio. Euro erwirtschaftet.
- Die STEAG-Beteiligung erfolgreich mit einem Gewinn von mehr als 250 Mio. Euro verkauft.
- Stellendeckel für eine effiziente Personalausstattung der Verwaltung eingeführt.
- Ein zentrales Fördermittelmanagements für bessere Mittelakquise und schnellere Umsetzung von Projekten eingeführt.
- Neuausrichtung des städtischen Rechnungsprüfungsamtes angestoßen.

Bestmögliche medizinische Versorgung am Klinikum Dortmund

- Investitionszuschüsse aus dem städtischen Haushalt für das Klinikum Dortmund in einer Gesamthöhe von 72 Mio. Euro bereitgestellt.
- Ziel: wichtige Bauvorhaben, wie z.B. ein ambulant OP-Zentrum, und die Anschaffung modernster Medizintechnik (z.B. PET-CT zur besseren Krebsdiagnostik) ermöglichen.

¹ Einen umfassenden Überblick zu Initiativen, Anträgen und Anfragen unserer Ratsfraktion in der zu Ende gehenden Wahlperiode 2020 bis 2025 erhalten Sie auf den Internetseiten der CDU-Ratsfraktion (**QR-Code**).

Dortmund wird immer smarter

- „Memorandum zur Digitalisierung 2020 – 2025“, als ganzheitliche Digitalisierungsstrategie für Dortmund umgesetzt.
- „Virtuelle Bürgerbüros“ geschaffen, damit ausgewählte Behördengänge künftig mittels Videokonferenz virtuell bequem von zu Hause aus erledigt werden können.

Das Klima in der Stadt bessert sich

- Dortmund wird zur Schwammstadt: so werden Hochwasser- und Überflutungsschutz und das Mikroklima unserer Stadt verbessert.
- Kommunale Förderprogramme für Photovoltaikanlagen, Dachbegrünung, energetische Sanierung, Geothermie und Flächenentsiegelung aufgelegt und fortgeführt.
- Ein ökologisches Waldkonzept erarbeitet und beschlossen, das die Klimaresilienz unseres Stadtwaldes stärkt.

Mobilität kommt in Bewegung

- Für eine spürbare Verbesserung des ÖPNV-Angebotes gesorgt: Einführung der Ringbuslinie 400 und Taktverdichtungen auf zentralen Stadtbahnabschnitten, die aus einem Teil der Erlöse aus dem STEAG-Verkauf finanziert werden.
- Straßenoffensive zur Instandhaltung unserer Straßeninfrastruktur, mit der nicht nur Straßen in Wohngebieten erneuert, sondern ebenso in allen Teilen der Stadt auch Hauptverkehrsstraßen saniert werden.
- Einseitige Politik gegen das Auto und den motorisierten Individualverkehr haben wir verhindert.
- Velorouten im gesamten Stadtgebiet werden erstmals zu einem sichereren und komfortablen Radwegenetz in der Stadt führen.

Mehr Dampf beim kommunalen Wohnungsbau

- Konzept zur Intensivierung der kommunalen Bautätigkeit durch ein Zusammenwirken von DOGEWO21, der Dortmunder Stadtentwicklungsgesellschaft DSG und dem städtischen Sondervermögen Grundstücks- und Vermögensverwaltungsfonds Dortmund.
- Ein kommunales Förderprogramm zum Dachgeschossausbau eingerichtet.

Mehr Raum zur wirtschaftlichen Entfaltung

- Städtisches Vorkaufsrecht für die Flächen der ehemaligen Kokerei Kaiserstuhl auf dem Westfalahüttenareal gesichert.
- Das Land zur Auflage eines Förderprogramms zur Nutzbarmachung brachliegender ehemaliger Wirtschaftsflächen aufgefordert.
- Ratsbeschluss zum Schutz der vorhandenen Gewerbeflächen in der Speicherstraße für die Entwicklung eines Digital- und Kreativquartiers.
- Auftrag an die Verwaltung, ein kommunales Bürokratieabbauprogramm zu entwickeln, das darauf abzielt, zur Entlastung der Wirtschaft verwaltungsweit Verfahren zu vereinfachen

und zu beschleunigen. Neue kommunale bürokratische Pflichten und Erschwernisse für die Dortmunder Unternehmen haben wir stets abgelehnt.

- Stadtmarketing zukünftig aus einer Hand, um im Wettbewerb der Städte gut aufgestellt zu sein. Image und die Attraktivität unserer Stadt werden nach außen sichtbar gestärkt.

Stiefmütterliche Behandlung der City beendet

- Ein ganzheitliches Citymanagement aus einer Hand geschaffen, das den Umbau der City zu lebendigen und attraktiven Quartieren für Wohnen, Handel, Gewerbe, Bildung, Kultur und Freizeit vorantreiben wird.
- City ist mehr als „nur“ ein Ort für Handel und Einkaufen: Der Einzug der Technischen Universität in das Hansa Carré ist daher genauso richtig, wie die Beibehaltung bewährter und die Einführung neuer und innovativer Eventformate wie der Feierabendmarkt oder Kultur einlagen im Stadtgarten.
- Neubau der Jungen Bühne zur Abrundung des Bühnenviertels am Wall.
- Dortmunder Museumsentwicklungsplan als Grundlage für die Realisierung einer Dortmunder Museumsmeile an Wall.

Sicherheit und Ordnung ist die Grundlage

- 22 zusätzliche Stellen eingerichtet und besetzt sowie gute Sachausstattung für den kommunalen Ordnungsdienst sichergestellt.
- Regelmäßige Grundreinigung der City für ein sauberes und attraktives Erscheinungsbild.
- Personelle Aufstockung des Ermittlungsdienst Abfall zur Bekämpfung illegaler Müllablagerungen im Stadtgebiet.
- Das subjektive Sicherheitsgefühl durch den Aktionsplan zur Beseitigung von Angsträumen in der City gestärkt.
- Null-Toleranz-Strategie gegen die offene Drogenszene in der City durchgesetzt.
- Verlagerung des Drogenkonsumraums aus dem Herzen der City gefordert sowie die Einrichtung weiterer dezentraler Drogenkonsumorte, um die offene Drogenszene in Hilfseinrichtungen und aus der Wahrnehmung der Öffentlichkeit zu lenken.

Gesellschaftlichen Zusammenhalt wahren, niemanden zurücklassen, niemanden allein lassen

- Wohlfahrtsverbände und unterschiedliche Einrichtungen und Angebote der sozialen Arbeit finanziell unterstützt.
- Eine Koordinierungsstelle Einsamkeit geschaffen, die Einsamkeit in Dortmund vorbeugen, für das Thema Einsamkeit sensibilisieren, eine gesamtstädtische Strategie entwickeln und sozialer Isolation mit geeigneten Projekten und Maßnahmen entgegenwirken soll.
- Das Dortmunder System der Wohnungslosenhilfe um den Ansatz „Housing First“ ergänzt, durch den wohnungslose Menschen direkt in dauerhaftem Wohnraum untergebracht werden.
- Testweise Einführung von „Frauen-Nacht-Taxis“, die es Frauen ermöglichen, nachts sicher und kostengünstig mit dem Taxi nach Hause fahren zu können.

Wir bleiben dran

Neben den erfolgreich von uns umgesetzten Punkten, gibt es aber auch Themen, bei denen wir durch andere (z.B. den Oberbürgermeister) ausgebremst wurden und dranbleiben werden:

- Ausreichend Wirtschaftsflächen in der Stadt vorhalten.
- Drogenpolitik, die nicht die Abhängigen und Dealer, sondern die von den negativen Begleiterscheinungen betroffenen in den Mittelpunkt stellt.
- Umsetzung des Ratsbeschlusses für ein Wohnbauprogramm, das Wohnraum gezielt für junge Familien schafft, die es am Wohnungsmarkt besonders schwer haben.
- Aktivitäten im Wohnungsbau verstärken, durch Verbindungen zwischen der DOGEWO21 und der Dortmunder Stadtentwicklungsgesellschaft DSG.
- Das vorerst gescheiterte Stadtentwicklungsprojekt „Smart Rhino“ an der Rheinischen Straße realisieren.
- Ein ganzheitliches ÖPNV-Konzept als wichtigen Baustein für Mobilität einfordern.
- Umsetzung des Beschlusses einfordern: Das Konzept zur Einführung einer „Dortmunder Familienkarte“ mit vielfältigen Vorteilen und Vergünstigungen für alle Dortmunder Familien ist beschlossen, ist aber noch immer nicht umgesetzt. Stattdessen haben seit Kurzem nur einkommensschwache Familien einen Anspruch auf die Dortmund-Karte mit einem überschaubaren Angebot an Ermäßigungen.
- Dortmund familienfreundlicher machen – für alle Familien. Im Unterschied zu anderen Fraktionen ist uns eine Konzentration allein auf einkommensschwache Familien zu eng.
- Sozial ausgewogene und gerechte Beiträge: Es ist nicht in Ordnung, wenn Beitragsbefreiungen unterer Einkommensgruppen bis 42.000 Euro von Elternbeiträgen zur Kinderbetreuung durch teils erhebliche Beitragserhöhungen, für die ohnehin schon stark belasteten Mittelstandsfamilien aufgefangen werden sollen.

Unsere Ziele für Dortmund 2025 - 2030

Wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitsplätze für Dortmund

Eine starke Wirtschaft ist die Grundlage unseres Wohlstandes. Sie schafft Arbeits- und Ausbildungsplätze und leistet durch ihre Steuerzahlungen einen wichtigen Beitrag dazu, die Lebensbedingungen aller Bürgerinnen und Bürger zu verbessern. Die Dortmunder Wirtschaft ist in den letzten Jahren trotz aller Krisen gewachsen und die Stadt ist ein breit aufgestellter Wirtschaftsstandort geworden. Gleichwohl ist die Arbeitslosigkeit in Dortmund mit einer Quote von 12% zu hoch. Wir wollen weiterhin die Rahmenbedingungen verbessern und den Wirtschaftsstandort Dortmund an die zukünftigen Herausforderungen anpassen. Um dies zu erreichen wollen wir Folgendes tun:

Wirtschaftsflächen bereitstellen

Eine grundlegende Voraussetzung für eine starke Wirtschaft ist, dass attraktive Flächen bereitstehen. Dabei sind Gemeinwohl und Einzelwohl in Einklang zu bringen. Daher sind dies unsere konkreten Forderungen und Ziele:

- Die Wirtschaftsförderung der Stadt Dortmund soll Flächen erwerben und entwickeln.
- Wir wollen auch weiterhin zuerst ehemalige Gewerbe- und Industrieflächen als neue Wirtschaftsflächen nutzen.
- Für ein auskömmliches Wirtschaftsflächenangebot kann es am Ende aber auch notwendig sein, Flächen im Freiraum für eine wirtschaftliche Nutzung zur Verfügung zu stellen.
- Bei der Vergabe von Flächen soll darauf geachtet werden, einerseits Firmen mit Kooperationspotential räumliche Nähe zu ermöglichen, andererseits Monostrukturen einzelner Gewerbearten zu vermeiden und unterschiedliche Wirtschaftszweige anzusiedeln. Vorhandene Flächennutzungspläne sollen diesbezüglich überprüft werden. Neue Flächen für die Ansiedlung von Logistikbetrieben werden wir nicht mehr zur Verfügung stellen.
- Der Hafen als Industriestandort und größter Kanalhafen Europas soll in dieser Funktion erhalten und weiterentwickelt werden (**s. Kapitel Fließende, nachhaltige und sichere Mobilität**).
- Interkommunale Zusammenarbeit soll gestärkt werden angesichts der geringen Zahl verfügbarer Flächen.
- Das unter Beteiligung der Stadt Dortmund stehende Projekt „newPark“ in Datteln wird realisiert.
- Die Entwicklung der ehemaligen HSP-Fläche muss vorangetrieben und unterstützt werden, ebenso der städtische Erwerb der noch auf dem Westfalahüttengelände verbliebenen Restflächen „Fläche 5“ und „Kaiserstuhl“.
- Bestehende Gewerbe- und Industriegebiete sind zu stärken, zu sichern und wo möglich zu optimieren.
- Bestandsunternehmen werden wir beim Flächenerwerb zur Betriebserweiterung organisatorisch und ggf. durch planerische Maßnahmen unterstützen.

Unternehmensgründungen unterstützen

Die wirtschaftliche Welt befindet sich im steten Wandel. Daher ist es wichtig, neben bestehenden Unternehmen auch neue Unternehmen auf ihrem Weg zu unterstützen. Dabei legen wir einerseits einen besonderen Wert auf die Ansiedlung von Unternehmen im Bereich neuer Technologien, Ausgründungen aus den Hochschulen sowie von Start-Ups, aber auch auf gute Bedingungen für das Handwerk. Dazu wollen wir:

- Freistehende Flächen und Räume für Existenzgründer bereitstellen.
- Studentinnen und Studenten bei der Unternehmungsgründung durch Beratung fördern.
- besondere Förderung für Unternehmensgründungen z.B. in Form eines Gründerstipendiums oder der Vermittlung von freistehenden Flächen und Gewerberäumen in allen Teilen der Stadt (**s. Kapitel Dortmund als Stadt der Wissenschaft**).
- Das Anmelden von Gewerbe dadurch vereinfachen, dass Zuständigkeiten in der Stadtverwaltung gebündelt, vernetzt und aus einer Hand angeboten werden.
- Anträge auf Nutzungsänderung von Gebäuden schneller bearbeiten, um langen Leerstand zu verhindern.

Einzelne Wirtschaftszweige gezielt fördern

In den verschiedenen Wirtschaftszweigen gibt es unterschiedliche Bedürfnisse, für eine erfolgreiche Tätigkeit. Neben den allgemeinen Rahmenbedingungen müssen auch die Bedingungen für die einzelnen Wirtschaftszweige stimmen. Daher wollen wir:

- Das Citymanagement weiterentwickeln und City-Quartiere fördern.
- Ein modernes Konzept für attraktive Dortmunder Wochenmärkte erarbeiten.
- Die Innenstadt durch Schnellbuslinien von außerhalb Dortmunds besser erreichbar machen (**s. Kapitel Fließende, nachhaltige und sichere Mobilität**).
- Innenstadt und Ortsteilzentren zu Orten entwickeln, an denen sich Wohnen, Arbeiten, Einkaufen, Kultur und Gastronomie bündeln.
- Dortmund als attraktiven Veranstaltungs-, Kongress- und Messestandort in Westfalen erhalten und ausbauen.
- Schwerpunktcluster einzelner Branchen (z.B. IT) unterstützen und weitere potentielle und zukunftsfähige Cluster ansiedeln. Dabei sind die Potentiale unserer Hochschul- und Forschungseinrichtungen stärker einzubinden.
- Das Unionsviertel im Bereich der Rheinischen Straße mit der bereits vorhandenen Kneipen- und Gastronomieszene zum Ausgehviertel entwickeln.
- Örtliche Handwerksunternehmen im Rahmen rechtlicher Möglichkeiten verstärkt bei städtischen (Bau-)Aufträgen berücksichtigen.
- Auch für energieintensive Betriebe die Versorgung sicherstellen (**s. Kapitel Effiziente Daseinsvorsorge für die Bürger**).

Fachkräfte werben

Eine starke Wirtschaft braucht qualifizierte Arbeitskräfte – und zwar von der Führungskraft bis zu mit einfachen Tätigkeiten betrauten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Daher muss Dortmund als Ort des Arbeitsplatzes attraktiv sein. Dabei bietet auch eine gezielte Zuwanderung erhebliche Chancen. Daher wollen wir:

- Hochschul- und Berufsschulabsolventen an den Standort Dortmund binden.
- Das Azubiwohnheim (DOzubi plus) für auswärtige Auszubildende weiterentwickeln.
- Projekte mit Vorbildcharakter zum studentischen Wohnen in der Nordstadt unterstützen.
- Um mehr bezahlbaren Wohnraum für Studierende zu schaffen, stärker mit dem Studierendenwerk kooperieren.
- Mit den ortsansässigen Arbeitgebern gemeinsam für die Einrichtung von mehr Betriebskindergärten sorgen.
- Legal Zugewanderte beim Erhalt von Arbeitserlaubnissen unterstützen, indem die nötigen auch kommunalen behördlichen Prozesse für die Arbeitsaufnahme verbessert werden (**s. Kapitel Migration gestalten durch Regeln und Integration**).

Arbeitslose integrieren

Arbeitslosigkeit ist oft eine persönliche Tragödie und auch die Gesellschaft verliert dadurch wertvolle Arbeitskraft. Dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit gilt daher unser Augenmerk. Dazu wollen wir:

- Perspektiven für Langzeitarbeitslose durch gezielte Qualifikationsmaßnahmen und Startunterstützungen im Arbeitsmarkt eröffnen, aber gleichzeitig keinen dauerhaft geförderten öffentlichen Arbeitsmarkt entwickeln. Dabei halten wir das Konzept „Fördern und Fordern“ für notwendig.
- Die kommunale Arbeitsmarktförderung kritisch begleiten, um Wettbewerbsverzerrungen gegenüber der Privatwirtschaft durch öffentlich geförderte Konkurrenz zu verhindern.
- Und dafür einsetzen, den Wechsel von öffentlich geförderten Stellen zu Festanstellungen zu erleichtern.

Dortmund als Stadt der Wissenschaft

In Dortmund gibt es 7 Hochschulen, 19 weitere Forschungsinstitute sowie das Technologie-Zentrum Dortmund, in dem wissenschaftliche Innovationen direkt in Wirtschaftskraft umgesetzt werden. Damit ist Dortmund einer der bundesweit größten Hochschul- und Wissenschaftsstandorte. Unsere Forderungen und Ziele für diesen Bereich sind:

- Programme des Masterplans Wissenschaft 2.0 fortführen, umsetzen und einen Masterplan Wissenschaft 3.0 erarbeiten.
- Hochschulen hinsichtlich der Wahrnehmbarkeit im öffentlichen Raum unterstützen (z.B. durch Veranstaltungen und Räumlichkeiten in der Innenstadt, verstärkte Beschilderungen sowie öffentlicher Honorierung von herausragender Forschungsleistung).

- Vernetzung zwischen Stadt und Hochschulen stärker leben (z.B. durch fachliche Kooperationsprojekte und regelmäßigen Austausch zwischen Verwaltung und einschlägigen Forschungseinrichtungen).
- Besondere Förderung für Unternehmensgründungen junger Akademiker z.B. in Form eines Gründerstipendiums oder der Vermittlung von freistehenden Flächen und Gewerberäumen in allen Teilen der Stadt (**s. Kapitel Wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitsplätze für Dortmund**).
- Das TechnologieZentrumDortmund weiterentwickeln und räumlich erweitern.
- Das KITZ.do, das zu früher wissenschaftlicher Orientierung und Lernerfahrung beiträgt, stärken.
- Die Vernetzung der Hochschulen über die Ruhr-Allianz auch für verstärkte interkommunale Zusammenarbeit nutzen.
- Dortmund als Studienort attraktiver machen, z.B. durch
 - den Ausbau des Wohnungsangebotes im Allgemeinen und durch Unterstützung des Studierendenwerks zum Bau weiterer Studentenwohnheime im Besonderen (**s. Kapitel Angemessener Wohnraum für alle Bürgerinnen und Bürger**).
 - den Ausbau des ÖPNVs (z.B. durch Anbindung von Studentenwohnheimen und Einrichtung von Einsatzbussen, die zu Stoßzeiten Innenstadt und Campus direkt miteinander verbinden sowie der Realisierung der Anbindung der H-Bahn als autonomes Verkehrsmittel an das Stadtbahnnetz) (**s. Kapitel Fließende, nachhaltige und sichere Mobilität**).

Angemessener Wohnraum für alle Bürgerinnen und Bürger

Dortmund ist mit ca. 600.000 Einwohnern das Oberzentrum Westfalens. Es ist mit seinem Kultur- und Bildungsangebot, den vielen Grünflächen und den Arbeits- und Einkaufsmöglichkeiten eine attraktive und damit weiterwachsende Stadt. Darauf wollen wir vorbereitet sein und dafür sorgen, dass für alle Bürgerinnen und Bürger attraktiver und bezahlbarer Wohnraum vorhanden ist. Niemand soll Dortmund verlassen müssen, weil er hier nicht den Wohnraum findet, der seinen Bedürfnissen entspricht. Um dies zu schaffen, streben wir folgende Maßnahmen an:

Wohnungsbau fördern

Die Grundvoraussetzung für bedürfnisgerechten und bezahlbaren Wohnraum ist es, dass dieser überhaupt ausreichend vorhanden ist. Denn nur ein ausreichendes Wohnangebot in allen Marktsegmenten (d.h. sowohl im Mietwohnungsbau als auch beim Bau von Eigentumswohnungen, Reihen- und Doppelhäusern und freistehenden Einfamilienhäusern) schafft Auswahlmöglichkeiten und führt zu akzeptablen Preisen bei Miete und Kauf. Der Wohnungsbau spielt dabei eine entscheidende Rolle. Daher wollen wir:

- Schnelle Planung und zügige Genehmigungsverfahren im Wohnungsbau (Bebauungspläne sollen nach max. 3 Jahren, Baugenehmigungen nach höchstens 3 Monaten vorliegen).

- Genehmigungsverfahren flexibilisieren und dafür baurechtliche Befreiungsmöglichkeiten und Ermessensspielräume stärker nutzen.
- Aktive Flächenvorratspolitik betreiben, damit Wohnungsbau auch in der Zukunft möglich ist.
- Flächen für attraktive Neubaugebiete ausweisen.
- Städtische Grundstücke nicht nur im Erbbaurecht vergeben, sondern auch veräußern.
- Einen städtischen Immobilienfonds auflegen, der in günstigen Wohnraum als Anlageform investiert.
- Das Umwandeln bisher anderweitig genutzter Immobilien (insbesondere von leerstehenden Gewerberäumen) zu Wohnraum erleichtern.
- Damit junge Familien in Dortmund Wohnraum finden, legen wir ein Wohnungsbauprogramm speziell für junge Familien auf mit dem Ziel, in der Wahlperiode 2.500 entsprechende Wohneinheiten zu schaffen.

Vorhandenen Wohnraum sanieren und erhalten

Das Ziel, ausreichend Wohnraum vorzuhalten, kann jedoch nicht alleine durch den Bau neuer Wohnungen und Häuser erreicht werden, wenn nicht gleichzeitig auch vorhandener Wohnraum erhalten und – wo notwendig – ertüchtigt wird. Außerdem kann es sinnvoll sein, vorhandene Wohngebäude zu erweitern. Daher wollen wir:

- Problemimmobilien innerhalb des städtischen Konzerns ankaufen und nach Sanierung in den Wohnungsmarkt zurückgeben.
- Konsequenz gegen Vermieter von Problemimmobilien vorgehen, die ihre Objekte verwahrlosen lassen.
- In einzelnen Gebieten über eine Sanierungssatzung Veränderungen in Gang setzen.
- Weiterhin Nachverdichtung, Lückenschluss und Aufstockung in bereits bestehenden Gebieten erleichtern.

Bedarfsorientiertes Wohnen für alle unterstützen

Uns liegt es besonders am Herzen, dass die Bürgerinnen und Bürger ihre eigenen Wohnvorstellungen verwirklichen können. Familien mit Kindern haben andere Anforderungen an Wohnraum und Wohnumfeld als Alleinstehende, junge Menschen andere als alte Menschen. Ein Wechsel des sozialen Umfelds ist allerdings vor allem im Alter oftmals mit Hürden verbunden. Wir wollen dabei helfen, dass alle jeweils passenden Wohnraum finden. Daher sind unsere Ziele:

- Eine städtische Plattform zum Wohnungstausch einrichten.
- Anreize für ältere Haus- und Wohnungseigentümer schaffen, ihre Immobilien an junge Familien zu veräußern und gleichzeitig passgenauen anderen Wohnraum zu finden.
- Altersgerechte und barrierefreie Wohnangebote, ggf. in Kombination mit zusätzlichen Pflegeangeboten, in allen Stadtteilen schaffen.

Wohneigentum fördern

Das eigene Heim und die eigene Wohnung sind für viele Menschen nach wie vor ein Lebensziel. Sie bilden Lebensmittelpunkt und eine gute Altersvorsorge. Leider erfüllt sich dieser Wunsch für immer mehr Menschen nicht. Dem müssen wir in Dortmund entgegenwirken. Daher wollen wir:

- Durch Angebote entsprechender Grundstücke die Möglichkeit schaffen, den Traum der eigenen vier Wände realisieren zu können.
- Eine Initiative an Bund und Land zur Absenkung der Grunderwerbsteuer oder Anhebung der Freibeträge starten.
- Attraktive Mietkauf-Modelle bei städtischen Wohnungsbaugesellschaften schaffen.
- Mit dem Ziel Baunebenkosten zu senken, eine Initiative an den Bund starten zur Neuordnung der Gebührenordnung für Notare.

Wohngebiete attraktiver machen

Die Attraktivität von Wohnraum endet nicht an der Haustür. Das Umfeld bestimmt maßgeblich mit, ob Menschen ihren Wohnraum als lebenswert empfinden. Um dies zu erreichen, wollen wir:

- Bei der Planung neuer Baugebiete auf eine gute Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr achten.
- Baugebiete stärker an das Radwegenetz anbinden.
- Die Ladeinfrastruktur für E-Mobilität in den Wohngebieten ausbauen (**s. Kapitel Fließende, nachhaltige und sichere Mobilität**).
- Regeln für den sozial geförderten Wohnungsbau flexibel und nicht anhand fester Quoten handhaben, um für eine attraktive soziale Durchmischung von Wohngebieten zu sorgen.
- Die Nordstadt mit ihrer vielfach attraktiven Bausubstanz zum Kreuzviertel 2.0 entwickeln.

Wohnen umweltverträglich und nachhaltig gestalten

Dort wo Menschen leben, wird in Natur eingegriffen und Energie benötigt. Dies möglichst umweltverträglich zu gestalten, ist für uns als christliche Partei eine Selbstverständlichkeit. Daher wollen wir kommunale Förderprogramme fortführen und auflegen:

- Für die energetische Ertüchtigung von Häusern und die Sanierung von Hausfassaden und Dachbegrünungen.
- Für autonome Energieversorgung in Wohngebieten z.B. durch Photovoltaik, Blockheizkraftwerke und Wärmepumpen.
- Zum Schutz der Immobilien vor Hochwasser- und Starkregenereignissen (**s. Kapitel Pragmatische und wirksame Umweltpolitik für Dortmund**).

Pragmatische und wirksame Umweltpolitik für Dortmund

Umweltschutz und die Anpassung der Stadt Dortmund an veränderte klimatische Verhältnisse sind nötig. Die Zunahme von Starkregen, „Jahrhundert“-Hochwassern sowie Hitzetagen konnten und können wir alle feststellen. Für uns als CDU ist wesentlich: Ökologie, Ökonomie und Soziales sind keine Gegensätze, die man gegeneinander ausspielt, sondern bilden gemeinsam das Leitbild für Nachhaltigkeit. Wir benötigen für unser Leben sowohl eine gesunde Umwelt, eine an die Folgen von Klimawandel angepasste Stadt, eine gesunde Wirtschaft, sowie nachhaltige und zukunftsfähige Sozialstrukturen (**s. Kapitel Wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitsplätze für Dortmund & Kapitel Dortmund als Stadt, die zusammenhält**).

Umweltbewusste Stadtgestaltung vorantreiben

Städtische Planungsentscheidungen haben wesentlichen Einfluss darauf, wie wir Menschen in der Stadt einerseits mit den Folgen des Klimawandels weiterhin gut leben können und andererseits einen Beitrag zur Reduzierung umweltschädlicher Emissionen leisten können. Unsere Forderungen und Ziele im Bereich der Stadtgestaltung sind:

- Weniger Treibhausgasausstoß und das Ziel von null Emissionen im Jahr 2050 und das Anstreben des beschlossenen Ziels einer klimaneutralen Stadt 2035.
- Maßnahmen, die Dortmund zur „Schwammstadt“ machen weiterverfolgen und umsetzen.
- Den Lärmaktionsplan mit unterschiedlichen Maßnahmen, die Lärm reduzieren, fortschreiben.
- Ein „Grünes Band“ von Norden nach Süden durch die Stadt legen, was auch durch Entsiegelung von Flächen geschieht.
- Parkanlagen unterschiedlicher Größe als grüne Lungen erhalten und ausbauen sowie z.B. Urban-Gardening-Projekte unterstützen.
- Das Ziel „Keine Straße ist ohne Baum“ verfolgen.
- Als Mittel gegen das Aufheizen Brunnen und Wasserspielanlagen über die ganze Stadt verteilt bauen. In dicht bebauten Zentren sollen zusätzlich öffentliche Trinkwasserbrunnen installiert werden.
- Dächer von Wartehäuschen an Bushaltestellen sollen begrünt werden können. Dies muss bei einer Auftragsvergabe zu deren Bau bereits berücksichtigt werden.
- Um Heizen mit weniger CO₂-Ausstoß zu ermöglichen, z.B. das Fernwärmenetz ausbauen.
- Die Möglichkeiten der Geothermie intensiver nutzen und fördern.
- Flächen ausweisen für Photovoltaik und als Modell (zunächst) einen stark frequentierten Radweg mit einer Photovoltaikanlage überdachen.
- Die Möglichkeiten von „Solardächern“ über Parkplätzen von Einkaufszentren oder Veranstaltungsorten prüfen und ggf. nutzen.
- Die beschlossenen Maßnahmen zur energetischen Sanierung städtischer Gebäude umsetzen.
- Verkehrsinseln errichten, die neben dem Gehweganteil entsiegelt und begrünt sein sollen.
- Klimafreundliche Baumaterialien bei städtischen Bauten nutzen.

- Konsequentes Vorgehen gegen Schädlingsbefall (z.B. Eichenprozessionsspinner) und gegen die Ausbreitung invasiver Pflanzen (z.B. großer Bärenklau).

Einwohner bei Umweltschutz und Klimafolgenanpassung unterstützen

Nicht nur die Stadt kann und muss einen Beitrag zum Umweltschutz und zur Anpassung an Klimaveränderungen leisten – jede und jeder ist gefragt, einen Beitrag zu leisten. Hier kann die Stadt jedoch motivieren und durch spezifische Förderung unterstützen. Unsere Forderungen und Ziele in diesem Bereich sind:

- Förderprogramme für intensive Fassaden-, Hinterhof- und Vorgartenbepflanzung ausbauen.
- Das Kleingartenwesen durch Kooperationen zwischen Stadt und Vereinen sowie Ausbau zusätzlicher Kleingartenanlagen stärken.
- Ein online zugängliches Verzeichnis von Obstbäumen auf städtischen Grundstücken (z.B. Schulhöfen oder Streuobstwiesen) erstellen, die von den Einwohnern abgeerntet werden dürfen und eine Dortmunder Version des Projektes „Essbare Stadt“ erarbeiten.

Auf Starkregenereignisse und großer Hitze vorbereiten

Klimawandel macht sich insbesondere durch mehr Starkregen oder Hitze bemerkbar, als wir es aus früheren Zeiten gewohnt sind. Die Stadt und alle Menschen darin, müssen hierauf in besonderer Weise vorbereitet sein. Unsere Forderungen und Ziele diesbezüglich sind:

- Außergewöhnliche Naturereignisse ernst nehmen und Frühwarnsysteme nutzen. Hier ist eine enge Kooperation über die Stadtgrenze hinaus wichtig.
- Öffentlichkeitskampagnen bezüglich der Themen „Verhalten bei Hitze“ (z.B. Selbstschutzmaßnahmen und Benennung von Hitzeschutzorten), „Risikofaktoren für Schäden bei Starkregen“ (z.B. außenliegende unbedachte Kellertreppen; Gegenstände, die zu Treibgut werden) und „Verhalten bei Starkregen“ (z.B. Selbstschutzmaßnahmen und Anlaufstelle, die freiwillige Helfer koordiniert) durchführen (**s. Kapitel Für ein sicheres und sauberes Dortmund**).
- Beschattungsmöglichkeiten errichten auf großen Plätzen in der Innenstadt und auf Spielplätzen im ganzen Stadtgebiet (z.B. ausfahrbare Sonnensegel oder feste Bedachungen).
- Den Ausbau der Stadt zur Schwammstadt intensivieren und dazu auch versiegelte Flächen entsiegeln. Dies gilt z.B. für Flächen wie Schulhöfe und Außenbereiche von Kitas.

Fließende, nachhaltige und sichere Mobilität

Die stetige Zunahme von Autos pro Einwohner führt seit langem zu Verteilungskonflikten im begrenzten Straßenraum. Jahrzehntelang vernachlässigte Investitionen in Infrastruktur sind auf den Straßen der Stadt zu sehen. Mobilität verändert sich – auch in Dortmund. Unsere Idealvorstellung ist: Alle Menschen sollen sich ihrem Bedarf entsprechend mit dem Fortbewegungsmittel ihrer Wahl zügig fortbewegen können, dabei sollen sowohl Konflikte mit anderen Verkehrsteilnehmern als auch Belastungen für die Umwelt möglichst gering ausfallen. Ver-

kehrsplanung soll nicht einzelne Fortbewegungsmittel grundsätzlich gegenüber anderen bevorzugen. Die City muss daher auch zukünftig mit dem Auto erreichbar sein. Um das umzusetzen, bedarf es pragmatischer und kreativer Regelungen.

Infrastruktur in Ordnung bringen und modernisieren

Jede Form von Mobilität ist auf intakte und sichere Infrastruktur angewiesen. Aufgrund des desolaten Zustands der Infrastruktur, in die über Jahrzehnte hinweg zu wenig investiert wurde, muss man strukturiert und mit klarem Ziel agieren – darf aber keine Wunder in kürzester Zeit erwarten. Verbesserungen sind sowohl bei Straßen, Radwegen, Bürgersteigen, im ÖPNV, sowie im technischen Bereich zu effizienter Flächennutzung notwendig. Unsere Forderungen und Ziele im Bereich der Infrastruktur sind:

- Die Straßenoffensive zur Sanierung des Streckennetzes wird konsequent fortgeführt und ausgebaut. Der bestehende Sanierungsstau wird so Stück für Stück abgebaut.
- Organisatorische Maßnahmen zum Erhalt bereits sanierter Verkehrswege in einem guten Zustand ergreifen.
- Schnelles Bauen und Sanieren durch Arbeiten in der Nacht und am Wochenende.
- Ein Gehweginstandsetzungsprogramm zur Sanierung und Schaffung von Barrierefreiheit auflegen.
- Das Programm zur Sanierung der Brücken kontinuierlich weiter umsetzen.
- Straßenflächen effizient nutzen durch intelligente Steuerung (z.B. unterschiedliche Anzahl von freigegebenen Fahrstreifen pro Richtung je nach Bedarf; digitale Verkehrsleitsysteme).
- Bei der Planung der Aufteilung von Verkehrsflächen gilt der Grundsatz der Planung „von Hauskante zu Hauskante“.
- Tempo 30 auf allen innerörtlichen Straßen lehnen wir entschieden ab. Tempo 50 soll im Kernnetz der Hauptverkehrsstraßen auch weiterhin die Regelgeschwindigkeit sein.
- Der Einbau von lärmminderndem Asphalt kann genauso wie Tempo 40 eine gebotene Alternative zur Einrichtung von Tempo 30 auf Hauptverkehrsstraßen sein.
- Ampelschaltungen optimieren zu mehr „Grüner Welle“ mit entsprechender Beschilderung.
- Durch Countdown-Zähler, die die Wartezeit an der Fußgängerampel transparent machen, die Sicherheit erhöhen und den Komfort für Fußgänger verbessern.
- Kreisverkehre unter Berücksichtigung guter Sichtbeziehungen zwischen Auto-, Fahrrad- und Fußverkehr weiter ausbauen.
- Weitere Park & Ride-Plätze einrichten durch Nutzung neuer Flächen bzw. Erweiterung vorhandener Flächen durch Parkhausbauten.
- In Quartieren mit hohem Parkdruck Quartiersgaragen als verlässlichen Parkplatz etablieren.
- Sichere Fahrradabstellanlagen an ÖPNV-Haltestellen bauen (Bike & Ride).
- Das ÖPNV-Angebot zukunftsicher weiterentwickeln und an den Bedarf anpassen: Taktverdichtungen und bedarfsgerechter Ausbau der Streckennetze z.B. in Randgebieten der Stadt und Neubaugebieten, auch in die Nachbargemeinden hinein; Einsatz kleiner Fahrzeuge auf

weniger nachgefragten Strecken und in Randzeiten; On-Demand-Systeme („Bus-auf-Anruf“).

- Die bereits beschlossene Ringbuslinie 400 rund um die Innenstadt einführen.
- Den barrierefreien Ausbau im ÖPNV (insbesondere Haltestellen) gemäß den gesetzlichen Vorgaben beschleunigen.
- Rahmenbedingungen für die Tätigkeit als Bus- und Straßenbahnfahrer im Nebenerwerb zur Personalgewinnung schaffen.
- Die bereits beschlossenen Velorouten in der ganzen Stadt zeitnah realisieren und eine digitale Karte erstellen.
- Radwege insbesondere über Nebenstraßen führen, die z.T. auch Fahrradstraßen oder Fahrradzonen werden können.
- Radwege entlang von Hauptverkehrsstraßen und den damit verbundenen Wegfall von Fahrspuren für den Individualverkehr lehnen wir – auch aus Sicherheitsgründen – ab.
- Umbau einer Parkhausebene oder eines Ladengebäudes in der Innenstadt zu einer Parkfläche für Fahrräder, auf der neben normalen Fahrrädern und E-Bikes auch Lastenräder wettergeschützt und sicher abgestellt werden können.
- Den Bau von Fahrradgaragen in den Wohnvierteln (verstärkt in Innenhöfen) fördern.
- Anwohnerparkzonen mit breiter Bürgerbeteiligung einrichten. Übermäßig hohe Gebühren für Anwohnerparkausweise wie in anderen Städten lehnen wir ab.
- Die Verkehrssicherheit an Kreuzungen durch Ausbau farbiger Markierungen von Radwegen und vermehrte Installation von Fahrradampeln erhöhen.
- Mischverkehrsflächen in der Innenstadt schaffen, die eine direkte Querung der City mit dem Fahrrad oder mit Elektro-Kleinfahrzeugen ermöglichen.
- Wo möglich, wird eine Trennung von Rad- und Fußwegen eingerichtet, was die Sicherheit beider erhöht. Gemeinsam genutzte Flächen sind jedoch besser als das Fehlen eines Rad- oder Fußwegs.
- Maßnahmen evaluieren, die zur Luftreinhaltung umgesetzt wurden (z.B. Tempo 30 auf der Ruhrallee und Umweltspur in Brackel). Diese Maßnahmen bleiben nur dann erhalten, wenn sie wirklich nützen.
- Realisierung folgender Straßenneu- und Ausbauprojekte: Hoeschallee/Vollendung Nordspange; Südspange Phoenix-West; Vollanschluss der Westfaliastraße an die OWIIIa; Weiterbau der OWIIIa im Dortmunder Osten, sechsstreifiger Ausbau der A45 auf Dortmunder Stadtgebiet.

Spezifische Arten von Mobilität beachten

Mobilität von Kindern und Jugendlichen ist ein wichtiger Faktor für deren Selbstständigkeit, erfordert aber einen speziellen Blick auf Sicherheitsaspekte. Des Weiteren bedürfen Flug- und Schiffsverkehr in Dortmund einer besonderen Beachtung. Unsere Forderungen und Ziele für diese unterschiedliche Arten von Mobilität sind:

- Schulwege zusätzlich sichern durch die Einführung von Schulstraßen, Abpfostungen der Gehwege in Schulsnähe und dort verstärkten Kontrollen auf Parkverstöße.

- Den Flughafen im bisherigen Bestand (Betriebszeiten, Start- und Landebahn) unterstützen. Eine Optimierung durch die verbesserte Nutzung der bestehenden Infrastruktur, wie die Verlegung der Landeswellen, unterstützen wir. Dies gilt genauso für die Einstufung des Flughafens als landesbedeutsam.
- Den Hafen als Wirtschafts-, Industrie- und Logistikstandort erhalten, die Planungen des „Digital-Campus“ im Hafen umsetzen und weiterhin Wohnnutzungen im Hafen verbieten (**s. Kapitel Wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitsplätze für Dortmund**).

Umweltfreundliche Mobilität fördern

Der Verkehrssektor ist einer der Bereiche, die den größten Einfluss auf die Umwelt haben. Daher sind hier Maßnahmen eines möglichst umweltgerechten Umbaus besonders hilfreich. Alternativen zum eigenen Verbrennerauto müssen allerdings attraktiv sein: Wir wollen für die Alternativen werben, sie aber nicht den Menschen politisch aufzwingen. Unsere Forderungen und Ziele für umweltfreundliche Mobilität sind:

- Zur Nutzung des ÖPNV anregen durch Einführung von Tickets zu Sonderpreisen z.B. von 1€ für bestimmte Tage und Veranstaltungen (z.B. verkaufsoffene Sonntage, Weihnachtsmarkt, GourmetDo, etc.).
- Die Ticketstruktur in Abstimmung mit dem VRR weiter vereinfachen (z.B. Schülertickets für alle, unabhängig von der Entfernung Wohnort – Schule; kostenfreie Fahrradmitnahme).
- Klimaneutralen Antriebe (z.B. Wasserstoff) offen gegenüberstehen und die Elektroflotte im Busverkehr ausbauen, wenn entsprechende Fördermittel von Land oder Bund zur Verfügung gestellt werden.
- Insbesondere dort, wo Parkraum fehlt, Kampagnen zur Nutzung von Carsharing starten. In Zusammenarbeit mit den Anwohnern im Falle von Vereinbarungen spezielle Carsharing-Parkplätze einrichten.
- Ladeinfrastruktur für E-Autos und E-Fahrräder ausbauen.

Für ein sicheres und sauberes Dortmund

Die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt erwarten ein sicheres und sauberes Dortmund. Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Raum und Schutz vor Kriminalität sind unverzichtbar, damit sich die Menschen in der Stadt wohlfühlen. Müll und Schmutz auf öffentlichen Flächen und ein schlechter Zustand des Stadtbildes sind Beleg für eine unangemessene Nachlässigkeit, die wir nicht akzeptieren werden. Die CDU steht wie keine andere Partei für Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit. Daher wollen wir für Dortmund Folgendes erreichen:

Ordnungsdienst stärken

Die Arbeit des kommunalen Ordnungsdienstes ist zentral, um Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten. Denn Recht und Ordnung herrschen nur dort, wo sie tatkräftig umgesetzt werden. Daher ist es wichtig, den Ordnungsdienst durch eine auskömmliche Ausstattung zu unterstützen. In diesem Bereich sind unsere Ziele und Forderungen:

- Weitere Stellen für den kommunalen Ordnungsdienst einrichten und besetzen, damit dieser in der gesamten Stadt aktiv sein kann.
- Die Zahl der Ausbildungsstellen zur Fachkraft für Schutz und Sicherheit erhöhen.
- Die Mitarbeiter des Ordnungsdienstes mit Bodycams ausstatten.
- Die Kommunikation mit anderen Sicherheits- und Ordnungsbehörden verbessern (z.B. durch den Einsatz von BOS-Funk).
- Bei einem positiven Prüfergebnis die Einführung einer kommunalen Hundestaffel für den kommunalen Ordnungsdienst.

Zusammenarbeit zwischen Ordnungsdienst und Polizei verbessern

Der kommunale Ordnungsdienst ist nicht der einzige Garant für Sicherheit und Ordnung in unserer Stadt. Darum ist es wichtig, dass er mit anderen Akteuren, insbesondere der Polizei gut zusammenarbeitet. Da Polizei und Ordnungsamt unterschiedliche Befugnisse haben, führt wechselseitige Kompetenzergänzung bei gemeinsamem Vorgehen zu größerem Erfolg. Diesen wollen wir durch folgende Maßnahmen erreichen:

- Gemeinsame Schwerpunkteinsätze von Polizei und Ordnungsdienst gegen Kleinkriminalität.
- Das Haus des Jugendrechts als zuständige Institution bei Straftaten von Minderjährigen stärken.
- Aktive Teilnahme in der Sicherheitskooperation Ruhr.
- Gemeinsame Streifengänge des Kommunalen Ordnungsdienstes mit Hundestaffeln der Polizei einführen.

Drogenkriminalität bekämpfen

Drogenhandel und -konsum haben in den letzten Jahren im öffentlichen Stadtbild sehr stark zugenommen. Dieses geht oft einher mit Begleitkriminalität und anderem unerwünschten Verhalten, wie Diebstählen und aggressivem Betteln. Die berechtigten Interessen der Mehrheit der Stadtgesellschaft, deren Schutz und die deutliche Verbesserung der Aufenthaltsqualität in der Stadt stehen für uns im Mittelpunkt. Wir sagen deshalb der Drogenkriminalität den Kampf an, reichen den Drogenabhängigen aber auch eine helfende Hand. Daher wollen wir:

- Den öffentlichen Drogenkonsum durch Kontrollen und Sanktionen bekämpfen.
- Die Wohnsitzauflage wieder einführen, damit der Drogenkonsumraum nicht Süchtige aus dem ganzen Ruhrgebiet nach Dortmund lockt.
- Konsequentes Vorgehen gegen aggressives Betteln, öffentliches Lagern und Campieren, sowie den Handel mit Drogen.
- Eine dezentrale Struktur der Drogenkonsumräume schaffen, um die Innenstadt zu entlasten – und gleichzeitig darauf achten, dass nicht durch zusätzliche Konsumräume mehr Handel und Konsum entsteht.
- Schließung des Drogenkonsumraums in der Innenstadt und Verlegung an die Treibstraße.
- Standorte für Drogenkonsumräume dürfen sich nicht in der Nähe von Orten befinden, die regelmäßig von besonders schutzbedürftigen Angehörigen unserer Gesellschaft, wie Kindern und Jugendlichen, aufgesucht werden.

- Das Umfeldmanagement an den Drogenkonsumräumen mit dem Schutz des Umfeldes betrauen und nicht primär der Betreuung einzelner Drogenkonsumenten.
- Angebote für eine zügige Drogenberatung von „Aussteigern“ erweitern.
- Verbotszonen in der Innenstadt für sozialschädliche Arten des Bettelns einrichten.

Öffentlichen Raum kontrollieren – Videobeobachtung einsetzen

Sicherheit und Ordnung können nur gewährleistet werden, wenn Störungen auch erkannt werden. Neben Meldungen aus der Bevölkerung sind Kontrollen des öffentlichen Raums dafür unerlässlich. Daher wollen wir:

- Die Initiative ergreifen, dass Videobeobachtung an Kriminalitätsschwerpunkten verstärkt eingesetzt wird.
- Sensortechnik verwenden zum IT-gestützten Schutz von Spielplätzen und Schulhöfen zur Nachtzeit.

Schutz für besonders schutzbedürftige Gruppen

Frauen sowie Kinder und Jugendliche und Senioren sind besonders gefährdet. Zu ihrem jeweiligen Schutz müssen Maßnahmen ergriffen werden, damit sie möglichst unbeschwert und frei von Angst leben und sich in der Öffentlichkeit bewegen können. Konkret fordern wir:

- Das Frauen-Nachttaxi muss auf Dauer eingeführt werden.
- Für den schnellen Kontakt zu städtischen Nothilfeeinrichtungen soll eine App mit SOS-Funktion eingeführt werden.
- Für einen Heimweg in dunklen Abendstunden soll ein Heimwegtelefon eingerichtet werden, so dass man bei Bedarf mit telefonischer Begleitung am Ohr durch Angsträume hindurch gut nach Hause kommt.
- Insbesondere Schwangere, Kinder oder Menschen mit Blasenschwäche benötigen ein gutes Angebot an leicht erreichbaren und sicheren Toiletten. Die Ergebnisse der dazu versuchsweise eingeführten Projekte werden wir auswerten und funktionierende Angebote auf Dauer stellen.

Bürgerschaft in der Ordnungspolitik mitnehmen

Ordnungspolitik dient den Bürgerinnen und Bürgern. Diese wissen oft am besten, wo Sicherheit und Ordnung in unserer Stadt verbessert werden können. Daher ist es wichtig, diese bei ordnungspolitischen Planungen hinreichend zu beteiligen. Dazu wollen wir:

- Den Masterplan Kommunale Sicherheit 2.0 in Zusammenarbeit zwischen Stadt, anderen Behörden und Bürgerschaft gemeinsam entwickeln und umsetzen.
- Die Bürgerschaft an ordnungspolitischen Planungen stetig und institutionalisiert beteiligen.
- Vernetzung im direkten Wohnumfeld fördern und Initiativen wachsamer Nachbarschaften unterstützen.

Illegale Müllablagerungen verhindern

Die organisierte Müllentsorgung ist ein wichtiger Grundpfeiler einer zivilisierten Gesellschaft (**s. Kapitel Effiziente Daseinsvorsorge für die Bürger**). Sie lebt davon, dass sich alle daran beteiligen und die Regeln einhalten. Daher hat die CDU der illegalen Müllentsorgung den Kampf angesagt. Dazu wollen wir:

- Den Ermittlungsdienst Abfall dauerhaft personell ausreichend ausstatten.
- Den Einsatz von modernen Ermittlungsmethoden beim Ermittlungsdienst Abfall fördern.
- Mülldelikte bei Ermittlung eines Täters konsequent ahnden.
- Die Attraktivität der Recyclinghöfe durch Ausweitung der Öffnungszeiten steigern.
- Die App zur erleichterten Inanspruchnahme der Sperrmüllentsorgung breiter bekanntmachen.
- Mehr Abfallbehälter im öffentlichen Raum platzieren, die ausreichend groß und geschlossen sind.

Sicherheitsgefühl stärken

Das Sicherheitsgefühl der Menschen wird maßgeblich durch ihre Umgebung beeinflusst. Daher wollen wir durch eine vorausschauende Stadtplanung und die Pflege des öffentlichen Raums dem Bedürfnis der Menschen gerecht werden. Dazu wollen wir:

- Öffentliche Orte gut ausleuchten und dabei intelligente, attraktive Beleuchtungen einsetzen.
- „Angsträume vermeiden“ als Kriterium bei allen Maßnahmen der Stadtgestaltung und -planung festlegen und aktiv bestehende Angsträume beseitigen.
- Öffentliche Plätze und Grünanlagen in der gesamten Stadt regelmäßig pflegen.
- Illegale Müllhalden und Verunreinigungen in der Öffentlichkeit zügig beseitigen.

Katastrophenschutz verbessern

Hochwasser, Brände und andere Naturkatastrophen zeigen uns immer wieder, wie wichtig ein vorausschauender Katastrophenschutz ist – er kann im Ernstfall Leben retten. Daher muss die Stadt gut aufgestellt sein, um Katastrophen im besten Fall zu verhindern, jedenfalls aber die Schäden möglichst gering zu halten. Dazu wollen wir:

- Die Feuerwehr auch weiterhin mit modernem Gerät und ausreichend Personal bedarfsgerecht ausstatten.
- Forschungseinrichtungen der Feuerwehr unterstützen, um die Entwicklung von technischem Gerät voranzutreiben.
- Katastrophenschutzverbände wie z.B. THW und DLRG unterstützen.
- Bürgerinnen und Bürger gezielt über Selbstschutzmaßnahmen informieren (**s. Kapitel Pragmatische und wirksame Umweltpolitik für Dortmund**).

Dortmund als Stadt, die zusammenhält

Alle Menschen sind unterschiedlich, und doch ist die Würde eines jeden Menschen unantastbar. Nicht alle Menschen haben gleiche Chancen im Leben oder gehen einen gerade Weg. In einer solidarischen und sozialen Gesellschaft ist Unterstützung und Hilfe für diejenigen, die diese Hilfe benötigen, wichtig. Unsere Politik fußt auf der christlichen Soziallehre. Bei aller Fürsorge für Bedürftige in dieser Stadt: Es gilt zu verhindern, dass Dortmund ein Magnet für Menschen mit großen Problemen auch aus den umliegenden Städten wird. Daher sind unsere Ziele:

Hilfebedürftigen Auswege aus ihrer Lage ermöglichen

Soziale Ungleichheit wird es immer geben. Dennoch ist es eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe, sie nicht zu groß werden zu lassen und Hilfebedürftigen Auswege aus ihrer Lage zu ermöglichen. Konkret setzen wir uns zum Ziel und fordern:

- Obdachlosenhilfe in Zusammenarbeit mit Trägern und Ehrenamtlichen bedarfsentsprechend intensiv betreiben. Niemand darf in Dortmund auf der Straße erfrieren. Der Ansatz, Obdachlosigkeit mit „Housing First“ zu bekämpfen, ist zu verstetigen.
- Drogenhilfe als Hilfe für Süchtige und Hilfe für von Suchteffekten Betroffene (z.B. Händler in der Stadt oder Passanten) müssen in gleichem Maße betrieben werden (**s. Kapitel Für ein sicheres und sauberes Dortmund**).
- Die beste Suchthilfe ist Vermeidung von Sucht. Intensive Präventionsprogramme sind daher zu unterstützen und ordnungsbehördlich ist sicherzustellen, dass die Drogenszene nicht in der Nähe Orten geduldet wird, die von besonders schutzbedürftigen Menschen genutzt werden (wie Schulen und Spielplätzen) (**s. Kapitel Für ein sicheres und sauberes Dortmund**).
- Soziale Ungleichheiten werden noch zu oft über Generationen weitergegeben. Unser Ziel ist daher, Bildungsbenachteiligung auszugleichen. Das erfordert bezugnehmend auf den Sozialindex eine Schulentwicklungsplanung, die insbesondere in Gebieten mit großen Herausforderungen kleinstmögliche Klassen vorsieht und eine Bautätigkeit, die diesen Anspruch einlösen lässt (**s. Kapitel Gute Bildung für Menschen in Dortmund**).

Für ein gelingendes Miteinander aller Menschen in der Stadt eintreten

Menschen sind aufeinander angewiesen, brauchen als soziale Wesen andere Menschen um sich herum, um ein zufriedenes Leben führen zu können. Auch wenn in einer Großstadt wie Dortmund viele Menschen leben, ist Einsamkeit ein großes Problem dieser heutigen Zeit – Menschen leben leicht aneinander vorbei statt zusammen. Um das Zusammenleben zu fördern, setzen wir uns diese Ziele:

- Gelingendes Miteinander benötigt Austausch untereinander und Begegnung. In allen Stadtteilen sind daher Räume zu erhalten und ggf. zu schaffen, in denen Begegnung stattfinden kann. Wo traditionelle Institutionen wegbrechen oder Kirchen und Vereine Teile der

Gesellschaft nicht mehr erreichen, können öffentliche Foren, Treffpunkte und Bürgerhäuser Ersatz bieten und nicht zuletzt Einsamkeit entgegenwirken.

- Ohne Ehrenamt kann Gemeinschaft nicht funktionieren. Aufgabe der Stadt ist es, Gelin-
gensbedingungen für ehrenamtliches Tun zu sichern (z.B. wo immer möglich bürokrati-
schen Aufwand senken; Beratungsangebote bei der Freiwilligenagentur bekannt machen)
und entsprechende Arbeit zu honorieren (z.B. durch Werbung für die Ehrenamtskarte und
Auszeichnung besonderer Projekte) (**s. Kapitel Kinder, Jugendliche und Senioren fördern
und beteiligen**).
- Gemeinsam Sport zu treiben oder Musik zu machen ist für Integration und Zusammenhalt
ein guter Motor. Daher sind die vielen Angebote der Sportvereine, Musikschulen, des The-
aters und Konzerthauses auch als Programme für den sozialen Zusammenhalt der Stadt zu
verstehen (**s. Kapitel Breiten- und Spitzensport in Dortmund & Kapitel Dortmund als
Hauptstadt der Kultur und Freizeit im Ruhrgebiet**).

Migration gestalten durch Regeln und Integration

Die Migration ist eine der großen Herausforderungen, kann aber auch eine große Chance für die Zukunft sein. Der Zuzug vieler Menschen in den vergangenen Jahren stellt unsere Stadt gerade im Bereich der schulischen und der Kita-Versorgung sowie auf dem Wohnungsmarkt vor erhebliche Herausforderungen. Eine dauerhafte Aufgabe ist es auch, das Entstehen von Parallelgesellschaften zu verhindern. Gleichzeitig benötigt unsere Gesellschaft viele qualifi-
zierte Arbeitskräfte, was gezielte Zuwanderung aus dem Ausland notwendig macht. Dieser Zu-
kunftsaufgabe stellt sich die CDU, ohne Missstände zu ignorieren oder Vorurteile zu bedienen.
Wir wollen daher:

Regeln durchsetzen

Migration kann nur mit Regeln funktionieren. Daher wollen wir einen beliebigen Zuzug in un-
sere Gesellschaft nicht hinnehmen – eine Geltung des Rechts und der Grundwerte unserer
Gesellschaft sind für uns selbstverständlich. Konkret fordern wir:

- Gute personelle Ausstattung der Ausländerbehörde, um aufenthaltsrechtliche Verwal-
tungsverfahren zügig durchzuführen.
- Strukturen zur konsequenten Rückführung von ausreisepflichtigen Personen verbessern
und tatsächliche Rückführungen vornehmen.
- Ausländerbehörden modern digital ausstatten, um Kommunikation mit anderen Behörden
und Kommunen zu verbessern.
- Die Einführung der Bezahlkarte und die Einführung von Regeln, die das Umgehen der Kar-
tennutzung verhindern, so dass keine Sozialleistungen zweckentfremdet werden können.

Integration fördern

Viele Menschen, die zu uns gekommen sind, wollen sich integrieren. Sie wollen selbstverständ-
lich arbeiten, sich an unsere Regeln halten und Teil dieser Gesellschaft werden. Diese Men-
schen müssen wir aktiv unterstützen. Daher wollen wir:

- Bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt als Scharnier der Teilhabe stärken.
- Den Eintritt von zugewanderten Personen in Sportvereine fördern.
- Örtliche Integrationsnetzwerke als einen wichtigen Baustein der Integration unterstützen.
- Ausreichende und qualitativ hochwertige Sprach- und Bildungsangebote werden bereitgestellt; bereits vorhandene Angebote und Kurse sind mit Blick auf Inhalt und Erfolg zu evaluieren und ggf. anzupassen.
- Einbürgerungsanträge bei guten Integrationsleistungen sollen zügig geprüft und beschieden werden.
- Angebote zur Werte- und Kulturvermittlung für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund sollen gemacht werden. Die kulturelle Identität aus dem Herkunftsland soll dabei im Bewusstsein bleiben und ergänzt werden, nicht ersetzt. Etwaige widersprüchliche Erfahrungen und Erwartungen müssen mit den Betroffenen reflektiert werden.
- Kinder und Jugendliche werden zügig in Angebote zur Kinderbetreuung sowie in schulische Strukturen aufgenommen; sofern Schulplätze nicht sofort vorhanden sind, erhalten sie ein Überbrückungsangebot.

Integrationsbereitschaft fordern

Integration ist keine „Einbahnstraße“. Sie kann nicht gelingen, wenn man nur der Mehrheitsgesellschaft eine Bringschuld aufbürdet. Auch die Zugewanderten müssen ihren Beitrag leisten, den wir einfordern werden. Daher wollen wir:

- Religiöse und migrantische Gemeinschaften und Vereine nur fördern, bei klarem Bekenntnis zur freiheitlichen-demokratischen Grundordnung, zu Werten wie Vielfalt, Toleranz und Integration und auch zur Gleichberechtigung von Frauen und Männern.
- Vorschriften, die eine Einbürgerung trotz schlechter Deutschkenntnisse ermöglichen, sollen zurückhaltend angewendet werden. Denn für uns ist die deutsche Sprache der Schlüssel für eine gelingende Integration.
- Die Teilnahme an verpflichtenden Integrationskursen ist konsequent durchzusetzen.
- Die Einhaltung der Schulpflicht wird überwacht und Verstöße werden konsequent geahndet.

Zuwanderung von Arbeitskräften ermöglichen

Eine funktionierende Wirtschaft braucht qualifizierte Arbeitskräfte. Es ist Realität, dass viele Arbeitsplätze nicht mehr besetzt werden können. Hier kann eine gezielte Zuwanderung ein Teil der Lösung sein. Es muss unser Ziel sein, die rechtmäßig hier lebenden Menschen schnell in Arbeit zu bringen. Daher wollen wir:

- Eine Werbestrategie zur Gewinnung von Fachkräften in Zusammenarbeit mit unserer Wirtschaft erarbeiten.
- Ausländische Berufs- und Bildungsabschlüsse zügig anerkennen.
- Zeitnahe Sprachförderung für zugewanderte Fachkräfte anbieten.

Gute Bildung für Menschen in Dortmund

Bildung ist lebenslange Aufgabe und findet nicht nur in der Schule statt. Dennoch ist Schule der wichtigste Bildungsort, an dem alle Kinder und Jugendlichen dieser Stadt über viele Jahre hinweg viele Stunden ihrer Zeit verbringen. In städtischer Verantwortung liegen darüber hinaus auch außerschulische Bildungsangebote, z.B. in der Erwachsenenbildung. Für die gesamtgesellschaftliche Zukunft und die individuellen Entfaltungsmöglichkeiten ist Bildung der zentrale Schlüssel. Um diese bestmöglich zu organisieren und zu unterstützen setzen wir in diesen Bereichen an:

Schulstrukturen und Schulgebäude zukunftssicher machen

Kinder und Jugendliche sind verschieden und haben unterschiedliche Bedürfnisse. Das mehrgliedrige Schulwesen, das sowohl das mehrheitlich gemeinsame Lernen in der Gesamtschule als auch grundsätzlich nach Leistungsstärken differenziertes Lernen in Haupt- und Realschulen sowie Gymnasien ermöglicht und neben inklusivem Lernen auch den Unterricht in expliziten Förderschulen, bietet für alle das, was sie brauchen und präferieren. All diese Schulen eint das Bedürfnis nach ausreichend vorhandenem, intaktem und funktionalem Schulraum. Die Schulen dieser Stadt müssen Orte sein, die man gerne aufsucht. Daher sind unsere Ziele und Forderungen in diesem Bereich:

- Schulen entsprechend der Schulentwicklungsplanung zügig neu- und ausbauen, damit alle Kinder und Jugendlichen einen wohnortnahen Schulplatz bekommen können.
- Weiterhin zu nutzende Schulgebäude sanieren und für aktuelle Unterrichtskonzepte anpassen.
- Sanierung ist dabei einem Abriss und Neubau nur vorzuziehen, wenn die Kosten einer Sanierung tragbar erscheinen.
- Alle bestehenden Schulformen und die Wahlfreiheit der Familien erhalten. Hierzu gehören auch Förderschulen, die bedarfsgerecht wieder auszubauen sind.
- Schulen nicht über 6 Parallelklassen hinaus vergrößern. Dies erfordert die schnellstmögliche Einrichtung eines neuen Gymnasiums.
- Schulklassen verkleinern und die vom Land vorgegebenen Regeln zur durchschnittlichen Klassengröße einhalten.
- Plätze im offenen Ganzttag ausbauen bei möglichst geringer Doppelnutzung von Klassenzimmern im Freizeitbereich des Schultags.

Gute Ausstattung der Schulen sicherstellen

Schulen sind mehr als das Gebäude. Alle Menschen, die dort arbeiten und lernen, als Elternteil einen Beitrag zu gelebter Schulgemeinde leisten oder als Träger eines Angebotes von außen an Schule anknüpfen, machen das jeweils einzigartige Gesicht der Schulen aus. Zur Ausstattung gehören heutzutage auch der Blick auf Digitales und Möglichkeiten der inhaltlichen Profilbildung. Unsere Forderungen und Ziele hierfür sind:

- Eine nachhaltige Digitalisierungsstrategie entwickeln, um aktuellen Lernbedarfen an und mit digitalen Medien gerecht zu werden. Der enorme Ressourcenverbrauch für die Endgeräte sowie die hohen Kosten für Neu- und Ersatzbeschaffungen müssen jedoch ebenfalls bedacht werden. Ein weiterer Ausbau von Unterstützungsstrukturen für Lehrkräfte in Administration und Nutzung gehören zu dieser Strategie dazu.
- Ein Ganztagsangebot gestalten, das bildungswirksam ist, attraktiv für die Kinder und Angebote von Vereinen und Kirchen einbezieht. Eltern müssen über Bildungspartner der Schulen informiert werden und eine Wahlfreiheit haben, an welchen Angeboten ihre Kinder teilnehmen.
- Besondere Schulprofile fördern, z.B. die NRW-Sportschule (Goethe-Gymnasium) und eine Kulturschule.

Organisation und Verwaltung von Schulen verbessern

Lehrerinnen und Lehrer sollen sich primär um Unterricht kümmern und Eltern soll der Kontakt zur Schule möglichst einfach und zuverlässig möglich sein. Unsere konkreten Forderungen und Ziele in diesem Bereich sind:

- Zeitgleiche und digitale Anmeldung an allen Schulen auch zu Klasse 1 und Klasse 5, bei der nicht nur eine Schule gewählt werden kann, sondern auch die Angabe eines Zweitwunsches möglich ist.
- Schulsozialarbeit ist eine wichtige Aufgabe in der heutigen Zeit, in der viele Schülerinnen und Schüler Lasten tragen, die sie am Lernen hindern. In geteilter Verantwortung mit der Landesregierung setzen wir uns für einen weiteren Ausbau dieser Stellen ein.
- Bedarfsgerechter Ausbau der Sekretariatsstellen, um eine zuverlässige Erreichbarkeit der Schulen zu sichern und Lehrkräfte von Verwaltungstätigkeiten zu entlasten.
- Wege zum Stellen von Anträgen z.B. für Schulbegleitungen vereinfachen. Hilfe für Kinder darf nicht an komplizierten Verwaltungswegen scheitern.

Schulisches Umfeld attraktiv und sicher machen

Schulweg und Schulhof sind für Kinder und Jugendliche wesentliche Räume, in denen sie sich sicher und gerne aufhalten sollen. Gleichzeitig sind sie auch Lernraum. Unsere Forderungen und Ziele bezüglich des schulischen Umfeldes sind:

- Maßnahmen zur Sicherung von Schulwegen, wie z.B. die Einrichtung von Schulstraßen und Fortführung des Projektes „So läuft das“ (**s. Kapitel Fließende, nachhaltige und sichere Mobilität**).
- An spielerischen und sportlichen Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen ausgerichtete Gestaltung der Schulhöfe, die je nach örtlicher Möglichkeit (ggf. durch Nutzung von Radarfunktechnik), auch außerhalb der Schulzeiten als Spielplätze nutzbar sein sollen (**s. Kapitel Für ein sicheres und sauberes Dortmund**).
- Schulhöfe und Spielplätze mit Elementen zur Verkehrsbildung ausstatten (**s. Kapitel Kinder, Jugendliche und Senioren fördern und beteiligen**).

Außerschulische Bildung und Erwachsenenbildung fördern

Lernen endet nicht mit dem Schulabschluss und an der Schultür. Außerschulische Bildungsangebote unterstützen schulisches Lernen und Lernen in der Freizeit. Auch Angebote für Erwachsene sind wichtig, um lebenslanges Lernen zu unterstützen. In diesem Bereich sind unsere Forderungen und Ziele:

- Die bestehenden Abendschulen erhalten.
- Ein attraktives Programm der Volkshochschule erhalten, das sowohl am zentralen Standort als auch in Teilen in den Stadtbezirken stattfindet.
- In die Bibliotheken in der Innenstadt und in den Stadtbezirken investieren, in denen neben Büchern und Angeboten zur Leserförderung auch multimediale Angebote (z.B. Ausleihe digitaler Bücher und Kinderbücher) gemacht werden.
- Angebote der Begabtenförderung für jede Altersklasse aufbauen und stadtweit koordinieren.
- Politische Bildung ausbauen u.a. durch Zusammenarbeit von Schulen und kommunalen Gremien wie Bezirksvertretungen und Rat.
- Das Angebot „LernDort“ als Plattform für außerschulische Lernorte weiterführen und aktuell halten.

Kinder, Jugendliche und Senioren fördern und beteiligen

Trotz aller sozialer Ungleichheit ist es im Interesse der ganzen Gesellschaft, dass alle Kinder und Jugendlichen die größtmöglichen Chancen auf Teilhabe erhalten. Kinder und Jugendliche haben andere Bedürfnisse als Erwachsene, und dennoch müssen sich vor allem Erwachsene für deren Verwirklichung einsetzen. Auch Senioren haben eigene, in der Gesamtgesellschaft zu berücksichtigende Interessen.

Institutionelle Angebote sichern

Menschen aller Altersgruppen fragen institutionelle Angebote nach. Diese auf Bedürfnisse möglichst aller abzustimmen und miteinander zu verzahnen, sind Aufgaben für die nächsten Jahre. Unsere konkreten Forderungen und Ziele in diesem Bereich sind:

- Alle Angebote zur Kinderbetreuung zeitnah bedarfsgerecht ausbauen. Dies gilt auch für Betriebskindergärten und Waldkindergärten (**s. Kapitel Wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitsplätze für Dortmund**).
- Mehr Kitas und Grundschulen zu Familienzentren weiterentwickeln.
- Modell-Kitas einrichten mit z.B. an Schichtarbeit angepassten Betreuungszeiten und deren Nachfrage evaluieren.
- Brücken zwischen den Bildungseinrichtungen herstellen, damit z.B. durch frühe Sprachförderung in der Kita gute Grundlagen für schulisches Lernen gelegt werden oder an Partizipationserfahrungen in Kitas auch in Grundschulen direkt angeknüpft wird.

- Frühe Mobilitätsbildung fördern durch verstärkte Nutzung der Verkehrsschule im Fredenbaumpark und Integration von Elementen zur Verkehrsbildung auf Schulhöfen und großen Spielplätzen (**s. Kapitel Gute Bildung für Menschen in Dortmund & Kapitel fließende, nachhaltige und sichere Mobilität**).
- Gesunde Ernährung in Kitas und Schulen fördern, sowohl in den dortigen Mensen als auch durch Beratungsangebote für Eltern.
- Ein gemeinsames Online-Portal einführen zur Information über Ferienbetreuungsangebote der Stadt, freier Träger und privater Anbieter.
- Die Jugendleiterkarte (JuLeiCa) in Dortmund attraktiv machen, damit Jugendliche einen zusätzlichen Anreiz haben, Verantwortung zu übernehmen und ehrenamtlich aktiv zu sein.
- Die „Praxisintegrierte Ausbildung“ (PiA) ausdehnen und durch gewährte Ausbildungsvergütung die Attraktivität des Berufsbildes „Erzieher“ steigern.
- Die Jugendhilfe angemessen personell und finanziell ausstatten, um frühzeitig Hinweise auf Kindeswohlgefährdungen zu erkennen, ihnen nachgehen zu können und Hilfen anzubieten bzw. Schutzmaßnahmen zu ergreifen.
- Programme unterstützen, in denen Aufklärung über Gefahren und somit Prävention gegen politischen und religiösen Extremismus stattfindet.
- Generationenübergreifende Angebote ausbauen z.B. durch Kontaktvermittlung zwischen Familien und zum Engagement bereiten Senioren über die Familienzentren.
- Angebote der Seniorentagespflege und von Seniorenwohnanlagen bedarfsgerecht ausbauen; ggf. auch ein Demenzdorf bauen (**s. Kapitel Angemessener Wohnraum für alle Bürgerinnen und Bürger**).
- Ärzteversorgung sicherstellen durch das aktive Anwerben von Fach- und Hausärzten für unterversorgte Regionen in der Stadt.

Freie Aktivitäten im öffentlichen Raum ermöglichen

Alle Menschen haben das grundsätzliche Recht auf Beteiligung an öffentlichen Angelegenheiten, politische Partizipation und die Möglichkeit, an geeigneten Aufenthaltsorten eigenen Interessen nachgehen zu können. Die hierfür nötigen Strukturen muss die Stadt zur Verfügung stellen. Unsere konkreten Forderungen und Ziele diesbezüglich sind:

- Einen barrierefreien, inklusiven Mehrgenerationenspielplatz in jedem Stadtbezirk errichten.
- Aufenthaltsorte wie z.B. Spielplätze, Bolzplätze, Skateranlagen, Ruhebänke und Parkanlagen im ganzen Stadtgebiet, auch in der sich wandelnden Innenstadt pflegen, instandsetzen und bedarfsgerecht ausbauen.
- Politische Bildungsaktivitäten unterstützen und Kinder und Jugendliche verstärkt durch Angebote zur Partizipation an der Gestaltung ihres Lebensumfeldes beteiligen. Dies ist verbunden mit einer Ausweitung von Partizipationsmöglichkeiten, wobei die Spannweite von einzelnen Aktionen über offene Jugendforen bis zur Einführung eines Jugendparlaments reichen soll.
- Die aufsuchende Jugendhilfe durch Ausbau der Stellen für Streetwork intensivieren.

Familien und Senioren strukturell fördern

Spezielle und unterschiedliche Bedürfnisse zeigen sich für Familien mit Kindern und Senioren im Bereich des Wohnens – große Wohnungen und Häuser hier und überschaubare und barrierefreie Wohnungen dort. Zur familienfreundlichen Stadtentwicklung gehört, Angebote für alle Lebensphasen machen zu können. Herausfordernd für Familien sind auch Alltagskosten, von denen wir Familien durch eine „Familienkarte“ entlasten wollen. Konkret wollen wir:

- Familienförderung im Wohnungsbau: Junge Familien und Familien mit mehreren Kindern müssen geeigneten Wohnraum in allen Stadtteilen finden (**s. Kapitel Angemessener Wohnraum für alle Bürgerinnen und Bürger**).
- Für Alleinstehende, insbesondere ältere Menschen, müssen ausreichend barrierefreie kleinere Wohnungen zur Verfügung stehen (**s. Kapitel Angemessener Wohnraum für alle Bürgerinnen und Bürger**).
- Eine „Familienkarte“ einführen, mit der Familien vergünstigte Eintritte in städtische Einrichtungen wie den Zoo oder Schwimmbäder erhalten.

Dortmund als Hauptstadt der Kultur und Freizeit im Ruhrgebiet

Eine breite Palette an attraktiven Kultur- und Freizeitangeboten ist wichtig für alle Menschen in der Stadt und im besten Falle Magnet für Menschen aus der ganzen Region. Auch dadurch erfüllt Dortmund seine Funktion als Oberzentrum in der Region. Gleichzeitig ist die Finanzierung von Kultur- und Freizeitangeboten keine städtische Pflichtaufgabe, sondern freiwilliges Tun. Damit in diesem Feld vieles möglich ist, ist es so wichtig, die Gesamtfinanzen der Stadt verantwortungsbewusst zu steuern (**s. Kapitel Solide Haushaltsführung sichert Handlungsfähigkeit**). Es gibt stark öffentlich geförderte Anteile (z.B. Schauspiel, Oper, Konzerthaus) und eine freie kulturelle Szene, die in Teilen durch städtische Zuschüsse gefördert wird. Generell können Freizeitangebote gestaltet und strukturiert sein, aber auch die Natur ist ein gefragter Freizeitraum (**s. Kapitel Kinder, Jugendliche und Senioren fördern und beteiligen & Kapitel pragmatische und wirksame Umweltpolitik für Dortmund**).

Unsere Forderungen und Ziele in diesem Bereich sind:

- Vernetzung und Kooperationen stärken:
 - regionale Partnerschaften zum Erhalt von Kulturstätten aufbauen;
 - kulturelle Vernetzungen mit den Partnerstädten ausbauen (z.B. Gastspiel-Programme);
 - studentische und schulische Kulturprojekte in das Stadtleben einbinden.
- Freie Szene und institutionelle Kulturangebote brauchen Wettbewerb und eine Förderung, die auf nachgewiesener Leistung beruht.
- Ziele für alle Sparten des Theaters vereinbaren (z.B. Besucherzahlen, Einnahmen, Wettbewerbe und Auszeichnungen) und für das „Dortmunder U“ (z.B. eine Ausstellung pro Jahr, die sehr viele Besucher anzieht).

- Angebote der Einrichtungen sollen so gestaltet werden, dass sie für große Teile der Dortmunder Gesellschaft attraktiv sind und zum Besuch animieren.
- Musikalischen Nachwuchs in der Breite und für Spitzenleistungen fördern durch Unterstützung der Chorakademie und der Akademie für Gesang, sowie Sicherung der (auch dezentralen) Angebote an der Musikschule „Dortmund Musik“.
- Kultur im Alltag sichtbar machen durch Hinweisschilder an historischen Denkmälern und Ausstattung mit QR-Codes, über die weitere Informationen abgerufen werden können. Wo möglich, auch optische Aufwertung durch zeitgemäße Beleuchtung und Lichtkonzepte.
- Heimatvereine zum Erhalt kultureller Erinnerungen unterstützen.
- Realisierung eines „Haus der Dortmunder Geschichte“ als Teil der Dortmunder Museumsmeile am Wall.
- Flächen für urbane Kunst ausweisen.
- Internetseiten von Museen, Archiven und Sammlungen modernisieren und eine Kultur-App einführen, in der Informationen gebündelt zur Verfügung gestellt werden.
- Familienfreundliche Eintrittspreise zu öffentlich geförderten Einrichtungen und Veranstaltungen erhalten.
- Bau der Jungen Bühne am Wall mit dem Potential, auch das Schauspiel zu beherbergen.
- Bau eines Depots, um Bestände des Archivs, der Bibliotheken und Museen geschützt lagern, erforschen und restaurieren zu können.
- Auf wenige städtische Kulturpreise fokussieren zur Steigerung der Relevanz (z.B. Nelly-Sachs-Preis).
- Festivals und kulturelle Veranstaltungen erhalten und fortsetzen z.B. im gastronomischen, klassisch musikalischen oder jugendkulturellen Feld sowohl in der Innenstadt als auch in den Stadtbezirken.
- Die Zukunftskonzepte von Zoo, Romberg- und Westfalenpark umsetzen, sowie die Attraktionen der IGA dauerhaft erhalten und den Hoeschpark als Sport- und Freizeitstätte weiterentwickeln.

Breiten- und Spitzensport in Dortmund

Der BvB ist das Aushängeschild für die Sportstadt Dortmund. Neben dem Fußball gibt es zahlreiche weitere Erfolge im Spitzensport (z.B. Handball der Frauen, Leichtathletik und Rudern). Deutlich mehr Menschen sind im Breitensport aktiv. Sport ist einerseits Hobby, andererseits hat er wichtige Funktionen z.B. in der individuellen Gesundheitsförderung und gesellschaftlichen Integration. Städtische Aufgabe ist es in Partnerschaft mit Vereinen, Rahmenbedingungen zu gestalten und Räume für die Ausübung von Sport bereit zu stellen. Konkret besteht Handlungsbedarf in diesen Feldern:

Konzeptionelle Maßnahmen und Projekte verwirklichen

Aus grundlegenden Strukturen erwachsen vielfältige Angebote. Interesse an Sport muss geweckt und besondere Talente entdeckt werden. Unsere Forderungen und Ziele hierbei sind:

- Den „Masterplan Sport“ fertigstellen und umsetzen. Unabhängig davon und im Vorgriff sind die beschlossenen Projekte „Sportbewegter Raum Scharnhorst-Ost“ und „Ballsporthalle am U“ beschleunigt zu realisieren.
- Öffnungszeiten der Sport- und Freizeitbäder bedarfsgerecht anpassen.
- Die Organisation von Sportveranstaltungen durch Nutzung digitaler Möglichkeiten vereinfachen (z.B. online-Buchungssystem für Sportstätten und digitale Schließsysteme).
- Mehr Kitas als Bewegungskindergärten zertifizieren.

Baumaßnahmen umsetzen

Sport braucht Orte, an denen er praktiziert werden kann. Orte, die sicher sind, gerne aufgesucht werden und für die spezifischen Bedarfe der Sportarten ausgestattet sind. Unsere konkreten Forderungen und Ziele diesbezüglich sind:

- Ein stadtweites Bäderkonzept entwickeln, damit Schwimmbäder zielgenau saniert bzw. bedarfsgerecht neu gebaut werden können. Zeitnah brauchen wir eine Lösung für das Freibad Deusen und den Neubau des Nordbads.
- Bestehende Sportanlagen für unterschiedlichste Sportarten in Kooperation mit Vereinen instand setzen und sanieren.
- Angebote zur sportlichen Betätigung im öffentlichen Raum errichten und erhalten (z.B. „Trimm-Dich-Pfade“, Slacklines, Calisthenics-Anlagen) für verschiedene Altersgruppen und ein Patenschaftsmodell für diese Anlagen analog zu Spielplatzpatenschaften entwickeln (**s. Kapitel Kinder, Jugendliche und Senioren fördern und beteiligen**).
- Barrierefreie Sportstätten und inklusive Sportangebote erweitern.

Finanzielle Förderung sichern

Überlebenswichtig ist die Fähigkeit zu schwimmen. Alleine durch schulischen Unterricht, ist das Ziel, „alle Kinder lernen schwimmen“ nicht zu erreichen. Auch Leistungssport und Großveranstaltungen erfordern eine große finanzielle Beteiligung der Stadt, damit Erfolg sichtbar wird. Unsere Forderungen und Ziele in diesem Bereich sind:

- Die Schwimmfähigkeit aller Kinder fördern durch bedarfsgerechte Unterstützung des Schulschwimmens durch Schwimmassistenten.
- Den Leistungssport in allen Disziplinen, auch im Behindertensport, unterstützen, durch Stärkung der Dortmunder Sportstiftung als Fördereinrichtung.
- Sportliche Großveranstaltungen ausrichten – im Einvernehmen mit der Bürgerschaft.

Digitalisierung als Chance begreifen und vorantreiben

Die Digitalisierung durchdringt alle Bereiche der Gesellschaft. Sie schreitet in der Wirtschaft, dem Privat- und Berufsleben, aber eben auch in der Verwaltung immer weiter voran. Diesen historischen Wandel gilt es aber nicht nur auf globaler oder nationaler, sondern auch auf kommunaler Ebene zu begleiten und zu gestalten. Hierbei soll digitale Souveränität in den Blick genommen werden, damit keine einseitigen Abhängigkeiten von speziellen internationalen Herstellern entstehen. Die CDU Dortmund begreift die Digitalisierung als Chance, die Arbeit

der Stadt effizienter und besser zu machen. Für uns ist sie aber kein Selbstzweck, sondern wir möchten den damit verbundenen Fortschritt in den Dienst des Menschen stellen. Um dies zu erreichen, haben wir folgende Ziele:

Verwaltungsarbeit weiter digitalisieren

Die Digitalisierung bietet Chancen, die Arbeitsprozesse der Verwaltung in vielen Bereichen deutlich effizienter zu gestalten und die Attraktivität der Arbeitsplätze zu steigern. Diese Chance wollen wir wie folgt ergreifen:

- Analoge Arbeitsprozesse nicht nur digitalisieren, sondern ggf. neu strukturieren, um das Potential der Technik voll auszuschöpfen.
- Den Digitalisierungsgrad der Dortmunder Stadtverwaltung bis 2030 zu einem der Besten in ganz Deutschland ausbauen.
- Elektronische Akten in allen Verwaltungsbereichen flächendeckend einführen.
- alte Aktenbestände digitalisieren, sofern diese Bedeutung für aktuelle und künftige Verwaltungsarbeit haben.
- Verschiedene Softwareprogramme der Verwaltung stärker verknüpfen, um bereits bekannte Daten – unter Beachtung von Datenschutzregeln – in anderen Verwaltungsvorgängen zu übernehmen.
- Anwendungen der Künstlichen Intelligenz werden selbstverständlich Bestandteil der täglichen Verwaltungsarbeit.

Digitale Kommunikation zwischen Bürgerschaft und Verwaltung verbessern

In vielen Bereichen der Wirtschaft ist eine digitale Kommunikation zwischen Kunden und Unternehmen aus gutem Grund eine Selbstverständlichkeit. Diese Selbstverständlichkeit wollen wir auch für die Kommunikation zwischen Bürgerschaft und Verwaltung erreichen – sie bietet Effizienz und Komfort. Daher wollen wir:

- Nahezu alle städtischen Dienstleistungen bis 2030 digital verfügbar machen, damit möglichst alle Behördengänge entfallen können.
- Anreize schaffen, damit die digitalen Angebote auch genutzt werden.
- Soweit möglich eine Automation von Antragsbestätigung und -bearbeitung einführen.
- Zur Beantwortung von Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern sogenannte „Chatbots“ und Künstliche Intelligenz einsetzen. Insbesondere bei den Bürgerdiensten soll das zügig umgesetzt werden und dabei auf positive Erfahrungen anderer Städte zurückgegriffen werden.
- Trotz digitaler Angebote kein Wegfall von Beratung und Service durch den persönlichen und telefonischen Kontakt zu städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.
- Das „virtuelle Bürgerbüro“ weiter ausbauen, bei dem Behördengänge mittels Videokonferenz erledigt werden können.
- Eine „digital que“ einführen, d.h. eine Benachrichtigung auf dem Handy, wenn die Wartezeit bald abläuft, um langes Warten vor Ort unnötig zu machen.
- In telefonischer Warteschlange Transparenz über die Zahl der vor dem eigenen Anruf Wartenden herstellen.

Digitale Infrastruktur für Bürgerschaft und Unternehmen ausbauen

Viele Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen sind auf eine störungsfrei funktionierende digitale Kommunikation und Informationsbeschaffung angewiesen. Dies ist aber nur mit der passenden Infrastruktur möglich. Daher wollen wir:

- Die Stadt konsequent zur „Smart City“ weiterentwickeln – gemeinsam mit Verwaltung, Unternehmen und Bürgerschaft.
- Flächendeckender Breitbandausbau im Stadtgebiet ist der Schlüssel für ein digitales Dortmund. Daher wird er intensiviert und beschleunigt.
- Unterstützung des Ausbaus von 5G-Netzen im gesamten Stadtgebiet.
- Kostenloses WLAN etablieren in allen städtischen Gebäuden, Einrichtungen städtischer Tochterunternehmen sowie in ÖPNV und auf öffentlichen Plätzen.

Digitalunternehmen fördern

Digitalunternehmen gehören zur größten Wachstumsbranche der Zukunft. Dieses Wachstum auch weiterhin in Dortmund zu fördern und neue Unternehmensgründungen zu unterstützen ist fester Bestandteil einer zukunftsorientierten Wirtschaftspolitik (**s. Kapitel Wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitsplätze für Dortmund**). Daher wollen wir:

- Kostengünstige Flächen und Räume für die Gründung digitaler Start-Ups bereitstellen.
- Eine weitere Erweiterung für das Technologiezentrum ermöglichen.
- Beteiligung der Dortmunder Sparkasse an regionalen Venture Capital Fonds unterstützen und verstetigen.

Menschen mitnehmen – digitale Bildung stärken

Digitale Kompetenzen sind Grundvoraussetzung für eine digitale Teilhabe. Daher soll jeder, der diese Kompetenzen erwerben will, die Möglichkeit dafür erhalten. Dazu wollen wir:

- Die digitalen Bildungsangebote der Volkshochschule für alle Alters- und Nutzergruppen ausbauen.
- Bildungsangebote privater Anbieter, etwa etablierter Träger der Wohlfahrtspflege, fördern.

Für eine bürgerfreundliche und effiziente Verwaltung

Die Stadtverwaltung ist unabdingbar für das Funktionieren der Stadt Dortmund. Sie erbringt vielfältige Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger und gestaltet gemeinsam mit der Politik die Stadt. Zugleich ist sie ein attraktiver Arbeitgeber. Die CDU Dortmund wird sich dafür

einsetzen, dass die Stadtverwaltung effizient und wirtschaftlich aufgestellt, ist und ein attraktiver Arbeitgeber bleibt. Dies ist notwendig, um ihre Funktionsfähigkeit auch in Zukunft zu erhalten. Um dies zu erreichen, wollen wir Folgendes:

Bürgerfreundlichkeit verbessern

Verwaltung ist kein Selbstzweck. Sie ist dazu da, das Leben der Menschen zu verbessern. Nach unserem Verständnis kann dies nur eine den Bürgern zugewandte Verwaltung erreichen. Dazu wollen wir:

- Die telefonische Erreichbarkeit der Stadtverwaltung neu strukturieren, um Bürgerinnen und Bürgern zügiger bei ihren Anliegen zu helfen.
- Konsequente Eröffnung moderner Kommunikationswege („virtuelles Bürgerbüro“) und Erhalt klassischer Kommunikationswege.
- Übersetzungssoftware zur besseren Kommunikation mit fremdsprachigen Personen einsetzen, von der sowohl Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als auch Kunden profitieren.
- „Chatbots“ und Künstliche Intelligenz zum Einsatz bringen.
- Entwicklung von Informationssystemen zur besseren Bürgerbeteiligung.
- Für die Auswahl neuer Verwaltungsstandorte soll die Erreichbarkeit mit allen Verkehrsmitteln, insbesondere mit dem ÖPNV, als wichtiges Kriterium gelten.

Bürokratische Hürden für kommunale Wirtschaft abbauen

Bürokratie und Regelungen sind eine der größten Hemmnisse für wirtschaftliches Wachstum in Deutschland. Auch wenn viele Regelungen und bürokratischen Anforderungen durch Bund oder Land aufgestellt werden, kann die Stadtverwaltung durch eine pragmatische und bürgerfreundliche Anwendung ihren Beitrag zur Entlastung leisten (**s. Kapitel Wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitsplätze für Dortmund**). Dazu wollen wir:

- Mit der Einführung eines kommunalen Bürokratieabbauprogramms städtische Regelungen im Hinblick auf Nutzen und Belastung für die Wirtschaft konsequent überprüfen und reduzieren.
- Rechtliche Spielräume zur bürger- und wirtschaftsfreundlichen Anwendung von Bundes- und Landesgesetzen nutzen und eine „Kultur des Ermöglichens“ schaffen. Führungskräfte müssen diesen Prozess anstoßen und die Verantwortung für die entsprechend veränderten Arbeitsweisen übernehmen.
- Eine zentrale Anlaufstelle für Unternehmensgründer schaffen, zur Erleichterung von Behördengängen.

Attraktivität der Stadt als Arbeitgeber steigern

Die Stadt muss als Arbeitgeber attraktiv bleiben, damit sie im Wettbewerb um die „besten Köpfe“ bestehen kann. Die Beschäftigten der Stadtverwaltung sind ihr wichtigstes Kapital. Sie

haben es verdient, unter guten Arbeitsbedingungen und mit einer modernen Ausstattung zu arbeiten. Gleichzeitig kann dadurch auch die Effizienz gesteigert werden. In diesem Bereich wollen wir:

- Ein vielfältiges Fortbildungsangebot und transparente Personalentwicklungskonzepte für die städtischen Beschäftigten.
- Gleichstellung weiter fördern und dennoch Eignung, Leistung und Befähigung als alleiniges Kriterium für Stellenbesetzungen heranziehen.
- Betriebsbedingte Kündigungen städtischer Beschäftigter schließen wir für die Wahlperiode 2025 – 2030 aus.
- Durch die Bereitschaft zur Priorisierung und einer Führungskultur, die auf Vertrauen beruht, wollen wir den Beschäftigten mehr Raum für die Bewältigung ihrer Kernaufgaben geben.
- Verwaltungsinterne städtische Vorschriften reduzieren, um Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu entlasten.

Immobilienmanagement effizient gestalten

Die Verwaltungsimmobilien sind ein erheblicher Kostenfaktor. Daher muss sich ihre Nutzung konsequent an Maßstäben der Wirtschaftlichkeit orientieren. Dazu wollen wir:

- Städtische Arbeit vorrangig in stadteigenen Immobilien vollziehen und die Zahl der durch die Stadt angemieteten Objekte reduzieren.
- In Zeiten, in denen „Home-Office“ ein fester Teil des Arbeitslebens geworden ist, Arbeitsplätze durch mehrere Mitarbeiter intelligent nutzen durch den Ausbau von sog. Co-Working-Spaces und Desk-Sharing.

Effiziente Daseinsvorsorge für die Bürger

Die Daseinsvorsorge ist eine der zentralen Aufgaben einer Kommune. Die sichere Versorgung mit Wasser und Energie, die Entsorgung von Müll, das Bereitstellen einer funktionierenden Kommunikationsinfrastruktur und eines zuverlässigen öffentlichen Personennahverkehrs sind Merkmale einer attraktiven Stadt. In Dortmund sind damit vor allem die städtischen Unternehmen (u.a. DSW21, DEW21, EDG, DOGEWO21 und Klinikum Dortmund) betraut. Für eine weiterhin effiziente und wirtschaftlich verantwortungsvolle Erledigung der Aufgaben hat die Politik die finanziellen, organisatorischen und personellen Rahmenbedingungen zu setzen. Um dies zu erreichen, haben wir folgende Ziele:

- Unternehmen aus dem Konzern Stadt sollen nicht privatisiert werden.
- Betriebsbedingte Kündigungen bei städtischen Unternehmen schließen wir für die Wahlperiode 2025 – 2030 aus.
- Eine aktive Rolle der Politik („Primat der Politik“) auch in den Gesellschafterversammlungen sowie in den mittelbaren Unternehmensbeteiligungen sicherstellen.
- Intensive Zusammenarbeit etablieren zwischen Stadtverwaltung und städtischen Unternehmen, um Synergien zu heben.

Bezahlbare Energieversorgung sichern

Die Energieversorgung ist für Bürgerschaft und Unternehmen von lebensnotwendiger Bedeutung. Sie muss sicher und darf kein Luxus sein und muss zunehmend auf regenerativen Energien basieren (**s. Kapitel Pragmatische und wirksame Umweltpolitik für Dortmund**). Um dies zu unterstützen, wollen wir:

- Die Eigenversorgung steigern durch das Erhalten des kommunalen Förderprogramms von privaten Photovoltaikanlagen.
- Den Energieverbrauch der Stadt durch energetische Sanierung reduzieren und auch auf städtischen Gebäuden und Flächen die Energiegewinnung steigern.
- Das Fernwärmenetz dort ausbauen, wo es wirtschaftlich ist.

Stadt sauber halten – Müllentsorgung effizienter gestalten

Eine geregelte und verlässliche Müllentsorgung ist für ein gepflegtes Stadtbild ebenso unerlässlich wie die regelmäßige Reinigung. Dies soll durch ein attraktives Angebot der Müllentsorgung einerseits und die konsequente Beseitigung von Müll und Schmutz andererseits erreicht werden (**s. Kapitel Für ein sicheres und sauberes Dortmund**). Daher wollen wir:

- Bürgerfreundliche Öffnungszeiten für alle Recyclinghöfe einführen.
- Regelmäßige grundlegende Straßenreinigungen in der Innenstadt sowie in anderen Bereichen, wo sich besonders viele Menschen aufhalten (z.B. Stadtteilzentren; Eventmeile Strobelallee), durchführen.
- Zügige Beseitigung von illegalen Müllablagerungen.
- Verstärkung der Aufklärungsarbeit über korrekte Müllentsorgung.
- Mieter und Eigentümer bezüglich ordnungsgemäßer Müllentsorgung stärker in die Verantwortung nehmen und Verstöße sanktionieren.

Solide Haushaltsführung sichert Handlungsfähigkeit

Alle genannten Ziele sind nur erreichbar, wenn genügend Geld zur Verfügung steht. Nur eine solide Haushaltsführung kann also die zukünftige Handlungsfähigkeit der Stadt Dortmund bewahren. Die CDU Dortmund steht für eine seriöse Haushaltspolitik, die den Haushalt perspektivisch ausgleicht und Schulden nach Möglichkeit abbaut. Denn neue Schulden sind die Belastung für morgen und zukünftige Generationen. Daher müssen Einnahmen und Ausgaben im Gleichgewicht gehalten werden. Da aber neue Schulden sozial ungerecht und höhere Steuern und Abgaben den Bürgerinnen und Bürgern nicht zumutbar sind, ist vor allem eine Begrenzung der Ausgaben notwendig. Dazu bedarf es einer konsequenten Überprüfung der kommunalen Aufgaben und ihrer Erledigung. Für eine solide Haushaltsführung haben wir folgende Ziele:

Steuer- und Abgabenbelastung begrenzen

Die Steuer- und Abgabenlast ist auf einem historischen Höchststand. Weitere Belastungen sind Bürgerinnen und Bürgern in unseren Augen nicht zuzumuten. Vielmehr müssen Politik und Verwaltung mit dem vorhandenen Geld sparsam umgehen. Daher wollen wir:

- Weitere Belastungen von Bürgerschaft und Unternehmen vermeiden und daher weder bei Grund- noch Gewerbesteuer Erhöhungen vornehmen.
- Eine sozial gerechte Gestaltung der Grundsteuer durch den niedrigen Hebesatz bei Wohnflächen beibehalten.
- Vor Gebührenerhöhungen eine kritische Prüfung bezüglich der Effizienz der Mittelverwendung durchführen.

Bund, Land, EU – Förderungen nutzen, Kostenersatz einfordern

Die Kommunen erfüllen für Bund, Land und EU viele wichtige Aufgaben und werden dafür finanziell ausgestattet. Diese Gelder bilden einen erheblichen Beitrag zum kommunalen Haushalt und müssen daher auskömmlich sein. Daher wollen wir:

- Strikte Einhaltung des sogenannten Konnexitätsprinzips bei der Übertragung von Aufgaben auf die Kommunen: Wer bestellt, bezahlt auch.
- Bund und Land sollen zeitnah und vollständig die Kosten für die Versorgung von Flüchtlingen und deren Integration übernehmen.
- Nach den Erklärungen des Landes auch gegenüber dem Bund auf eine nachhaltige Lösung der Altschuldenproblematik drängen, die über die Verabredungen im Koalitionsvertrag 2025 von CDU/CSU und SPD hinausgehen muss.
- Die der Stadt zufließenden Mittel aus dem 500 Mrd. Euro Sondervermögen zusätzlich zu den kommunalen Investitionen und nicht anstelle kommunaler Investitionen verausgaben.
- Bereitgestellte Fördergelder konsequent und schnell nutzen. Dafür wird im Bereich der Stadtplanung ein Vorrang für förderungsfähige Vorhaben eingeführt.

Freiwillige Ausgaben kritisch überprüfen

Viele Ausgaben der Stadt beruhen auf gesetzlichen und vertraglichen Verpflichtungen. Einsparungen sind daher vor allem im Bereich der freiwilligen Ausgaben möglich. Dazu wollen wir:

- Eine Bestandsaufnahme über freiwillige städtische Förderungen erstellen und sie kritisch auf Sinnhaftigkeit und Wirtschaftlichkeit überprüfen.
- Zur Vermeidung von Mehrfachangeboten sollen städtische Angebotsstrukturen etwa bei Sportstätten oder Freizeitangeboten, kritisch überprüft werden.
- Zurückhaltung bei der Förderung von politischem Aktivismus.

Personalausgaben beschränken und Immobilien wirtschaftlich nutzen

Staatliches Handeln muss wirtschaftlich sein – es geht schließlich um das Geld der Bürgerinnen und Bürger. Personalausgaben wollen wir daher durch bessere Verwaltungsstrukturen und Bürokratieabbau begrenzen. Die städtischen Immobilien sollen effizient genutzt werden. Zur Ausgabensenkung wollen wir daher:

- Städtische Aufgaben auf Notwendigkeit prüfen und darauf, ob das eingesetzte Personal dort unbedingt notwendig ist.

- Bei einem Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen 2025 – 2030 gleichwohl aber keinen automatischen Stellenaufwuchs bei neuen Aufgaben einpreisen; vorrangig muss geprüft werden, ob vorhandenes Personal umgesetzt werden kann.
- Nicht benötigte städtische Liegenschaften sollen verkauft oder verpachtet werden.
- Städtischen Immobilien sollen durch energetische Ertüchtigung wirtschaftlicher genutzt werden (**s. Kapitel Pragmatische und wirksame Umweltpolitik für Dortmund**).

Unsere 12 Stadtbezirke

Dortmund lebt zu einem ganz wesentlichen Teil auch aus und in seinen dezentralen Strukturen der 12 Stadtbezirke. Die Bezirksvertretungen sind dort der Mittelpunkt der politischen Willensbildung. In jedem der 12 Stadtbezirke tritt die CDU mit einem engagierten und kompetenten Team mit guten Ideen an. Für einen Überblick im Detail finden Sie nachfolgend die Köpfe und die Inhalte für die Stadtbezirke.

Wahlaufruf

Jetzt liegt es an Ihnen, liebe Wählerinnen und Wähler!

Sie haben uns mit unseren Köpfen, unseren Ideen und unserem klaren politischen Kompass für eine gute Zukunft unserer Heimatstadt in den kommenden 5 Jahren kennengelernt. Sie haben erfahren, dass wir Politik für die Mitte der Gesellschaft und die Mehrheitsgesellschaft machen. Hierbei ist für uns der gesunde Menschenverstand und die praktische Vernunft der Maßstab für unser politisches Handeln.

Verliebt in Dortmund – unter dieser Überschrift wird sich die Dortmunder CDU in den kommenden 5 Jahren für eine gute Zukunft unserer Heimatstadt einsetzen. Uns geht es ganz genau wie Ihnen: Dortmund ist nicht perfekt. Dortmund ist eine Stadt der permanenten Veränderung, eine Stadt, in der die Zukunft gewonnen werden kann. Davon sind wir überzeugt und darum lieben wir diese Stadt, die unsere Heimat ist. Ihnen wird es wahrscheinlich nicht anders gehen. Sie können erkennen, dass wir – wahrscheinlich genauso wie Sie – verliebt in Dortmund sind. Geben Sie dieser Haltung bei den Kommunalwahlen Ihre Stimmen.

Mit Ihren Stimmen für die CDU:

- Machen Sie Dortmund noch mehr zu einer lebenswerten Stadt.
- Unterstützen Sie Maßnahmen für mehr Sicherheit und Ordnung in Dortmund.
- Sichern und schaffen Sie Arbeitsplätze.
- Fördern Sie moderne Infrastrukturen.
- Geben Sie der demokratischen Mitte eine starke Stimme.

Wählen Sie daher bei der Kommunalwahl am 14. September 2025 mit Ihren Stimmen:

- Alexander Kalouti als CDU-Kandidat für die Wahl des Oberbürgermeisters
- Die Kandidatinnen und Kandidaten der CDU für den Rat der Stadt
- Die Listen der CDU für die Wahlen zu den Bezirksvertretungen
- Die Liste der CDU für das „Ruhrparlament“ beim Regionalverband Ruhr (RVR)